

Sozialistische Arbeiter Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Hitler bei seinen Auftraggebern

Faschisten rüsten zum Schlag

Proletarische Demonstrationen in Düsseldorf

Berlin, 27. Januar.

Adolf Hitler, der nationalsozialistische Trommler wurde anlässlich der in Köln abgehaltenen Tagung des Deutschen Arbeitgeberverbandes ins Rheinland zitiert, um über den Stand der Bewegung Rechenschaft zu geben und mit den Herren von Kohle und Eisen die Taktik der kommenden Wochen zu besprechen. Ueber den Verlauf der Sitzung, die bezeichnenderweise im feudalsten Hotel des Rheinlandes, im Parkhotel in Düsseldorf stattfand, teilt die Pressestelle der Reichsleitung der NSDAP mit:

„Anlässlich seines großen Werbefeldzuges für die nationalsozialistische Idee und Volksgemeinschaft sprach Adolf Hitler am Dienstag abend vor einem größeren Gremium westdeutscher Industrieller. Der Vortrag fand in Düsseldorf im Industrieklub statt und gestaltete sich zu einem großen Erfolg für den nationalsozialistischen Gedanken. Adolf Hitler, der erst kurz vor Beginn des Vortrages in Düsseldorf eintraf, reiste nach Beendigung seiner Rede sofort wieder ab.“

Der große Erfolg des nationalsozialistischen Gedankens in dieser Konferenz, die offiziell vom Düsseldorfer „Industrieklub“ einberufen war, besteht wohl

in der Zusicherung größerer materieller Mittel an die Hitlerbewegung durch das deutsche Großkapital.

In der Einladung wird ausdrücklich gebeten, von der Einführung von Gästen Abstand zu nehmen, die Einladung sei nur für Mitglieder des Industrieklubs bestimmt und nicht übertragbar. Man wollte ganz unter sich sein, um die nächsten Maßnahmen im Kampfe gegen das deutsche Proletariat ungestörter besprechen zu können.

Der Düsseldorfer Zusammenkunft kommt bei der heutigen politischen Situation in Deutschland ganz besondere Bedeutung zu. Solange die Besprechungen mit den ausländischen Banken nicht abgeschlossen waren, solange das deutsche Großkapital die Verlängerung des Stillhalteabkommens nicht in der Tasche hatte, befleißigte man sich gewisser Zurückhaltung. Diese Hemmung ist jetzt gefallen, die Reparationsverhandlungen sind auf dem toten Punkt angelangt, die Regierung Brüning hat in der Reichspräsidentenfrage eine Schlappe erlitten, und die wachsende Aktivität der nationalsozialistischen Kampfformationen — nachdem man sie im Dezember zurückgehalten hatte, was den großen Unwillen der SA erregte — ist ein Zeichen dafür, daß man sich zu entscheidenden Taten rüstet.

Die demonstrative Zustimmung der führenden Großindustriellen zu der Politik Hitlers in diesem Moment zeigt an, daß man auch hier den Zeitpunkt für ein schärferes und rascheres Vorgehen für gekommen hält. Bezeichnend dafür sind auch die nationalsozialistischen Vorwürfe an die Adresse des österreichischen Heimwehrführers Starhemberg, die anlässlich dessen Vortrag im „Nationalen Klub“ in Berlin erhoben worden sind.

Der „Angriff“ vom 26. Januar gibt Fragen (oder waren es Vorwürfe?) wieder, die „man“ dort an Starhemberg gerichtet hat:

„Warum hat Starhemberg nicht die Macht ergriffen, als er als Innenminister die Möglichkeit hierzu hatte?“

Warum hat er mit Dr. Pfriemer zusammen sich vor dem schwachen Wider-

stand der Exekutivkräfte zurückgezogen, als der letzte Putsch nun einmal begonnen war!

Alles in allem hatte man den Eindruck, daß Starhemberg es zwar gut meint, aber daß er zu schwach ist, um zu handeln und sich den Einflüssen gewisser Kreise zu entziehen, die ihn immer wieder auf eine ihnen ungefährliche Bahn lenken.“

Aus diesen Fragen ist deutlich herauszulesen, daß Hitler und seine Leute den Zeitpunkt zum „Handeln“ für gekommen halten.

In Verbindung damit ist auch die offene Forderung des „Völkischen Beobachters“ bezeichnend, der ein Verbot der kommunistischen Partei verlangt. Diese Forderung richtet sich an die Adresse Groeners, den man in eine offene, unzweideutige Kampfstellung gegen die organisierte Arbeiterschaft drängen will. Damit wäre auch ein Schachzug gegen die „Eiserne Front“ geübt, die sich krampfhaft an Brüning und Groener anklammert, obwohl diese durch ihre Gesamtpolitik längst die Geschäfte der Nazis besorgen.

Je rascher die Hoffnung auf den Schimmer einer neuen Wirtschaftskonjunktur im kommenden Frühjahr dahinschwindet — und alle Anzeichen der letzten Wochen künden die weitere Verschärfung der Krise an —, um so offener setzt die deutsche Bourgeoisie in ihren ausschlaggebenden Teilen auf die faschistische Karte. Die Zusammenkunft in Düsseldorf ist ein neuer Beweis dafür.

Vor dem Hotel, in dem Hitler zu den Herren des Industrieklubs sprach, hatten sich Tausende von Arbeitern eingefunden,

die energisch und nachdrücklich gegen die faschistische Gefahr demonstrierten.

Wie immer war auch die preußische Polizei des Herrn Severing zur Stelle, ritt schneidige Attacken gegen die Demonstranten und nahm Verhaftungen vor. In ihrem Schutze konnten Hitler und die Herren der Industrie die Fragen der Mobilmachung gegen das deutsche Proletariat besprechen.

Die Ereignisse in Düsseldorf beweisen erneut, wie wichtig und dringend alle politischen und organisatorischen Maßnahmen zur Schaffung der proletarischen Einheitsfront in Deutschland sind. Die Bildung von

Aktionsausschüssen und Arbeiterwehren an jedem Ort,

in jeder Stadt muß die proletarische Antwort auf die faschistischen Rüstungen zum Losschlagen sein. Keine „Eiserne Front“ zur angeblichen Verteidigung der Republik kann in diesem Augenblick dem Proletariat helfen, diese Republik wird sich gerne auch von diesen faschistischen Abenteurern vergewaltigen lassen.

Die Kampffront des deutschen Proletariats, die jetzt unter dem Einsatz aller Kräfte geschmiedet werden muß, kann nur schlagkräftig und aktionsfähig sein, wenn sie vom Boden der proletarischen Klasseninteressen gegen Hitler und gegen die heutige großkapitalistische Diktatur in Deutschland den Kampf führt. Es gilt zu rüsten, es gilt, bereit zu sein. Jeder Betrieb und jede Arbeiterstadt muß zu einer Zelle des proletarischen Widerstandes werden. Die revolutionäre Einheitsfront des Proletariats wird den Faschismus schlagen. Sie muß geschaffen werden.

Um die Präsidentschaft

Verzweifelte Bemühungen für Hindenburg

Berlin, 27. Januar.

Die — leicht komische — Bemühung gewisser Zentrumskreise, die dahin zielte, den Reklamechef der Zeppelingsgesellschaft Doktor Eckener als Kandidaten für die Reichspräsidentschaft auf den Schild zu heben, ist in den letzten Stunden dahin abgeändert worden — und um die Situation vollends zu beleuchten, berichten wir noch, daß der Vorschlag von dem sozusagen demokratischen Generalanzeiger für das Publikum der Berliner Vergnügungsetablissemens, dem „8-Uhr-Abendblatt“ ausging —, daß der Doktor Eckener bloß der Wahlmacher Hindenburgs werden soll. Er soll jetzt endlich das Komitee auf die Beine bringen, in dem die Vertreter des Kriegerbundes Kyffhäuser und anderer nationaler Verbände, die ewig irrrenden Ritter Mahrauns und Kommissare des Reichsverbandes der Deutschen Industrie sitzen sollen, zusammen mit Vertretern des Geisteslebens, um Hindenburg die Präsidentschaft anzutragen.

Na, schön.

Die Rechte, die nicht wagt, sich gegen Hindenburg zu erklären, obwohl sie des Teufels Großmutter lieber auf dem Präsidentenstuhl sähe, wird jetzt von dem Leitartikel der „Berliner Börsen-Zeitung“, Herrn Dr. Jügler, gemahnt, gedrängt, schnell zuzu-

greifen, ehe es zu spät sei, d. h. bevor der Hindenburg-Ausschuß vollendete Tatsachen geschaffen habe.

Uns scheint, daß die Herren Hitler und Hugenberg sich durch Herrn Eckener und sein Komitee nicht sonderlich imponieren lassen werden. Die Herrschaften werden sich untereinander noch eine nette Schlacht liefern.

Der Arbeiterschaft kann es recht sein!

Die Revolution in Salvador

Tegucigalpa (Honduras), 26. Januar.

Der Kampf zwischen den Regierungstruppen und den kommunistischen Aufständischen in El Salvador wütet weiter. Die vor zwei Tagen in der Nähe von Santa begonnene Schlacht dauert noch an. Wie verlautet, haben die Aufständischen die Städte La Libertad, Sonsonate und Ahuachapam eingenommen. Die Regierungstruppen sollen mehrere hundert Gefangene gemacht haben.

New York, 27. Januar.

Nach einer Meldung aus San Salvador hat die Militärjunta den Aufstand unterdrückt.

Otto Braun

Vor dem Ende des sozialdemokratischen Staatstraumes

Von Berthold Jacob

Wenn wir dem preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu seinem 60. Geburtstag eine Würdigung seines Lebens und vorwiegend natürlich eine Würdigung seines Wirkens als Führer des Freistaates Preußen angedeihen lassen, so folgen wir damit keineswegs dem bürgerlichen Brauch, der 50., 60. und 70. Geburtstagstage als zu biographischer Betrachtung geeignete Abschnitte ansieht; wir stellen uns nicht in die Schar der Gratulanten, die dem Jubilar heute mit Blumengewinden nahen

Aber ein Gesichtspunkt ist uns zielgebend: dieser private Festtag im Leben des preußischen Ministerpräsidenten liegt offensichtlich dem Datum nahe, an dem die amtliche Wirksamkeit des Staatsmannes der Sozialdemokratie ihr Ende finden muß. Und von hier aus rechtfertigt sich eine Rückschau auf das Handeln Otto Brauns, den wir als eine der bedeutsamsten Kräfte der deutschen Sozialdemokratie betrachten, die mit ihrem auch heute noch ungebrochenen Herrschwillen diese Partei wesentlich mit in die verhängnisvolle Richtung hineingetrieben, sie auf die abschüssige Straße gezwungen hat, auf der sie in der jüngsten Zeit immer stärker ins Rutschen geraten ist.

Das frühe Leben Otto Brauns unterscheidet sich nicht wesentlich von dem anderer Funktionäre der Arbeiterbewegung. Er war in der schweren Zeit des Sozialistengesetzes, dessen Schlußperiode er schon als bewußter Kämpfer miterleben konnte, ein tüchtiger und opferwilliger Genosse. Er hat die Examina der Klassenjustiz tapfer überstanden, saß mehrmals wegen illegaler Arbeit in den Gefängnissen des Kaisers, begründete mit dem zu früh verstorbenen Ludwig Quessel in Königsberg das Blättchen, aus dem später die „Volkszeitung“ erstand, und der junge Buchdrucker organisierte mit als erster die geknechteten ostelbischen Landsklaven. Im Jahre 1913 wird er Mitglied des preußischen Dreiklassenhauses, und um die gleiche Zeit etwa ruft man ihn in den Parteivorstand. Während des Krieges tritt er als Hilfskraft Eberts und Scheidemanns wenig hervor und wird nur gelegentlich an den offiziellen Verhandlungen mit dem Kanzler Bethmann beteiligt.

Im November 1918 erst wird er zur Vordergrundfigur. Erst preußischer Volksbeauftragter, dann im Kabinett Hirsch Landwirtschaftsminister. Er tat das zunächst Selbstverständliche, beseitigte die urreaktionäre „Gesindeordnung“. Aber über das zunächst Selbstverständliche hinaus tat er doch nichts. Die Aufhebung der Fideikomisse, die großzügige Bewirtschaftung der schlechtbewirtschafteten Aecker der Großgrundherren in technisch vollkommen ausgerüsteten Kooperativen oder staatlichen Mustergütern — das alles wurde zunächst versäumt, wo es mit einem Federstrich dekretiert werden konnte. Schon damals sprachen Koalitionserwägungen mit, Rücksichtnahmen auf die bürgerlichen Regierungsteilhaber.

Immerhin war Otto Braun bei den Grundbesitzern alles andere, denn ein gerngesehener Mann. Als im November 1921, nach dem kurzen Intermezzo der Regierung Stegerwald, Otto Braun wiederum Landwirtschaftsminister werden sollte, da vereitelte die Volkspartei diesen Plan, indem sie lieber zu der Erhebung

Brauns zum Ministerpräsidenten mitwirkte, auf einen Posten also, wovon sie glaubte, daß der energische Mann durch bloße Repräsentationspflichten gebunden und von initiativer Tätigkeit ferngehalten werden könne.

Diese Rechnung täuschte. Es erwies sich mit den Jahren, daß Braun an der Spitze der preußischen Regierung, die er, abgesehen von einer kurzen Unterbrechung im Jahre 1925, bis heute geleitet hat, noch genug Raum für selbstherrliches Handeln fand, ja, als die Volkspartei einmal, im Jahre 1925, Schwierigkeiten machte, setzte Braun ihre Mitglieder ohne weiteres aus der Regierung hinaus.

Der preußische Ministerpräsident hat dann im Jahre 1926 das Volksbegehren und den Volksentscheid gegen die Fürstenernennung durch jedes kleinliche Mittel zu torpedieren versucht, nachdem seine Regierung vorher den Fürsten ungenügend großzügig entgegengekommen war. Nach dem Scheitern des Volksentscheides durch die rechtlich falsche Auslegung der Verfassungsbestimmung, hat Braun dann den Landtag vor vollendete Tatsachen gestellt und einen so billigen Vergleich mit dem entthronten König geschlossen, daß heute selbst die braven Staatspartei sich mühen, diesen unmöglichen Vergleich, dessen Lasten nicht der geringste Schuldanteil an der spezifisch preußischen Finanzmisere zuzuschreiben ist, für nichtig erklären zu lassen. Im Jahre 1929 schloß Braun ähnlich selbstherrlich das Konkordat mit der römischen Kurie ab; auch hieraus resultieren schwere Lasten für den Steuerzahler.

Otto Brauns amtliches Handeln war nur deshalb so lange möglich, weil er sich die ganze Zeit seiner Amtsführung hindurch mehr und mehr un- immer mehr auf die katholischen Kräfte stützte.

Durch Hingebung zahlloser wichtiger Ämter hat er die Zentrumspartei sich persönlich gewonnen und geneigt gemacht, ohne daß doch dieser Gewinn in einer Unterstützung — wenn schon nicht sozialistischer, so doch sozialdemokratischer Regierungsmaßnahmen ihren Gegenstand gefunden hätte. Eine der Schlüsselpositionen der Verwaltung nach der anderen geriet so in katholische Hände. Vom Staatssekretär beim Staatsministerium, als den sich Braun den katholisch gewordenen früheren Staatsanwalt Weismann holte, bis zu den Staatssekretariaten des Justiz- und schließlich sogar des Unterrichtsministeriums erstreckte sich der katholische Einfluß. Selbst ins Berliner Polizeipräsidium drangen Zentrumsanhänger vor, die auch unter den Landräten, Regierungs- und Polizeipräsidenten heute durchaus dominieren und die dieser Tage noch die Leitung der Volksschulangelegenheiten im preußischen Unterrichtsministerium erobert haben. So konnte Braun glauben, daß der Kirchenvertrag mit dem römischen Papst ein sicheres Mittel sein würde, das Zentrum auch gegen die gestärkten nationalsozialistischen Faktoren bei seiner Stange zu halten. Jetzt scheint der Moment nahe herbeizukommen, wo sich entscheiden muß, ob dieser Glaube, diese Hoffnungen nicht trügerisch waren. Wir meinen, daß Otto Braun auch diese Partie verspielt hat, wie er die etwa gleichlaufende Partie der Tolerierungspolitik verlor.

Otto Braun ist der Mann der langen, heimlichen Verhandlungen und der kurzen Entschlüsse. Er ist ein Mann von unbeugbarem Willen. Man hat er oft bewiesen, nur leider fast stets am falschen Ort. Er hat beispielsweise den Unterrichtsminister Becker besetzt, trotz der Stürme von Entrüstung, die die öffentliche Presse darüber entfesselte. Er hat, als der Finanzminister Höpker-Aschoff schließlich in politische Schwierigkeiten machte, an seiner Stelle einfach den Präsidenten der Post-Anstalt, Herrn Klepper, zum Finanzminister des Freistaats Preußen gemacht, einen Mann, der durch nichts empfohlen war als dadurch, daß er im Oktober 1929 bei der

Abwägung des Metallarbeiterstreiks und der Einleitung der Tolerierungspolitik gewisse Dienste geleistet hatte, die aber besser im Stillen bleiben sollten.

Otto Braun hat zeitweilig in dem Rufe gestanden, dem Reichspräsidenten von Hindenburg in Freundschaft ergeben zu sein. Das scheint sich aber gründlich geändert zu haben. Früher jagten die beiden wohl gelegentlich zusammen, und dem Reichspräsidenten scheint vor allem die starke nationale Ader in Brauns Blutkreislaufsystem imponiert zu haben.

Über allem darf nicht vergessen werden, daß die Einleitung und Fortführung der Tolerierungspolitik ohne Otto Brauns Initiative und ohne seinen starken Willen unmöglich gewesen wäre. Er ist neben Hermann Müller der Hauptverantwortliche dafür, und wenn morgen die Sozialdemokratie aus der preußischen Bastion weichen muß, die sie mit so vielen Opfern erkaufte, die von der Gesamtheit der deutschen Arbeiterschaft gebracht werden mußten dafür, daß Otto Braun und Carl Severing bis heute Minister, Staatsminister spielen durften, wenn dann

die Lage für die Arbeiterschaft noch ungeheuerlich viel gefährdeter sein wird, wie sie es heute schon ist, so liegt die Schuld und die Verantwortung dafür nicht zum kleinsten Teile auf den Schultern Otto Brauns.

Bankpleite in Belgien

Die Genter Handelsbank, die 40 Niederlassungen besitzt, hat ihre Schalter geschlossen. Es verlautet, daß das Kapital von 40 Millionen Franken verloren ist. Die Bank verfügt über Einlagen in Höhe von 100 Millionen Franken.

„Eiserne Front“ und Arbeitersport

Roßtäuschertricks des „Vorwärts“ — Arbeitersportler für proletarische Einheitsfront

Der „Abend“ vom Dienstag bringt einen Aufruf, den wir seiner Originalität wegen unseren Lesern nicht vorenthalten wollen:

„Sportgenossen! Schwerste Entscheidungen stehen bevor! Beispiellost ist die Zuspitzung der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Situation, ihre Entspannung in dieser oder jener Form ist in greifbare Nähe gerückt. Die Fronten sind formiert! Drüben stehen die kapitalistischen Sozialreaktionäre, Faschisten und ihre Helfer — hüben die Sozialisten und Republikaner. Es wird keinem unserer Sportgenossen schwer fallen, sich zu entscheiden, in welchem Lager sein Platz sein muß. In dieser Situation hat der geschäftsführende Ausschuß der in 11 Verbänden organisierten 35 000 Berliner Arbeitersportler folgende Entschlüsse einstimmig angenommen: „Die Versammelten erkennen an, daß der Kampf gegen den drohenden Faschismus, den Zerstörer aller Arbeiterrechte, nur mit Erfolg geführt werden kann in der „Eisernen Front“ gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und dem Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“. Sie verpflichten sich, in die Wehrabteilungen der „Eisernen Front“ einzutreten und wenn es sein muß, Leib und Leben einzusetzen für die Erhaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der deutschen Republik, die nur von der Arbeiterschaft zu einem wirklichen Volksstaat gemacht werden kann.“

Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, was für ein Bluff diese „Eiserne Front“ ist, dann ist es dieser Aufruf. Zunächst ist uns unklar, wie man es mit „Demokratie“ vereinbaren will, was hier unternommen wurde. Da setzen sich ein Dutzend SPD-Leute hin und beschließen einfach für 35 000 Berliner Arbeitersportler — ohne diese zu fragen —, daß sie sich verpflichten „in die Wehrabteilungen der „Eisernen Front“ einzutreten und wenn es sein muß, Leib und Leben einzusetzen für die Erhaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung und der deutschen Republik“. Und man stellt es so dar, als ob alle Arbeitersportler dieser Auffassung seien.

Damit täuscht sich die SPD wieder einmal gewaltig. Wir konnten in der Sportbeilage

dieser Zeitung viele Fälle berichten, wo sich die Arbeitersportler mit aller Entschiedenheit gegen die „Einreihung in die „Eiserne Front“ gewandt haben. In den letzten Tagen haben die vogtländischen Fußballer auf ihrem Bezirkstag mit überwältigender Mehrheit folgende Entschlüsse zur politischen Lage gefaßt, in der es u. a. heißt:

„... Mit Bedauern ist festzustellen, daß die Abwehrmaßnahmen (gegen den Faschismus), die von den Führungen der großen politischen Parteien, den Gewerkschaften sowie vom Arbeiter-Turn- und Sportbund in einer Weise betrieben werden, die nicht geeignet sind, einen ernsthaften Widerstand gegenüber Faschismus und Kapitaloffensive einzuleiten.“

Die Tolerierungspolitik der Sozialdemokratischen Partei bedeutet Wegbereitung für den Faschismus. Die Sozialdemokratie toleriert Brüning, Brüning toleriert Hitler. Das ist die Konsequenz der Eisernen Front. Beide Richtungen, die KPD sowie die Eiserne Front stellen ihr Parteiprestige in den Vordergrund.

Demgegenüber stellt sich die Arbeiterklasse auf den Standpunkt der proletarischen Einheitsfront, mit dem Ziel:

1. Sturz der Brüning-Regierung;
2. Fort mit den Notverordnungen;
3. Organisation überparteilicher Klassenwehren zum Schutz des proletarischen Eigentums;
4. Schutz der Sowjetunion.“

Nicht minder eindeutig ist eine Entschlüsse, die in einer von weit über hundert Mitgliedern besuchten Generalversammlung der Freien Rudervereinigung Breslau einstimmig gefaßt wurde, und die so lautet:

„Die sehr gut besuchte Generalversammlung der Freien Rudervereinigung Breslau wendet sich auf das Schärfste gegen das Bestreben der Spitzenorganisationen, die Arbeitersportlerschaft in die Eiserne Front einzureihen. Wir fordern die Sportlerschaft auf, diese neue Nebelwand zu durchbrechen, um den wahren Gegner zu erkennen. Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur ihr Werk selber sein. Deshalb

gegen die Methode, uns unter einen Hut mit Bürgerlichen zu bringen.

Wir fordern Einheitskartelle der Arbeiterschaft, die wir den faschistischen Herden entgegenstellen. Der Ueberfall in Reinkendorf auf Arbeiter und die Vorgänge an den Universitäten sollten die innerpolitische Lage blitzartig beleuchten.

Gleichzeitig protestieren wir gegen die „freiwillige“ Arbeitsdienstpflicht, die nur darauf hinausläuft, die zwangsläufige Arbeitsdienstpflicht einzuführen. Deshalb nicht „abwarten“, sondern fordern: Bezahlte Arbeit für unsere Jugend, die frei sein will, und die sich nicht als kaserniertes Arbeitsvieh mißbrauchen läßt.“

Man sieht also: die durch Personalunion an die SPD sich gebunden führende Führerschaft der deutschen Arbeiter-Sportbewegung geht durch dick und dünn mit der tolerierungsfreudigen SPD, aber das Verständnis, das sie dafür in den Reihen der Arbeitersportler findet, wird immer geringer. Immer schärfer und zahlreicher werden die Entschlüsse gegen die eiserne Front, immer eindringlicher setzt sich die Forderung nach proletarischer Einheitsfront durch.

Die Arbeitersportler sind nicht blind. Sie merken immer deutlicher, daß die eiserne Front nichts weiter als eine Regierungsgrundlage für Brüning sein soll gemäß dem schönen Ausspruch: „Was wäre Brüning ohne die Eiserne Front?“ Die Sportler — tatkräftige, opfermutige junge Menschen zum größten Teil — haben dieses Dahinvegetieren satt und sind überdrüssig dieses dauernden Zurückweichens der großen Arbeiterorganisationen, dieser Kapitulation vor dem Bürgertum, sie wollen eigene Initiative der Arbeiterschaft, kein Jammerdasein im Schatten Brünings!

„Mit der proletarischen Front gegen den Kapitalismus und seinen Helfer, den Faschismus“, das ist die Parole; und in diesem Kampf werden die Sportler, wird das Proletariat Leib und Leben einsetzen. Aber nur in diesem Kampf!

Zuspitzung im Fernen Osten

Während in Genf der Völkerbund tagt und nach einer Formel sucht, die ihm gestatten soll, seine eigene Ohnmacht gegenüber dem japanischen Feldzug in China zu verbergen, verschärft sich der Konflikt dort noch von Stunde zu Stunde. Die Japaner setzen ihre militärischen Verstärkungen unentwegt fort.

Besonders kritisch ist die Lage in Schanghai,

wo die Japaner die wichtigsten strategischen Punkte des Hafengebiets besetzt halten. Sie benehmen sich dort auch schon wie die Herren, verbieten Zeitungen wegen ihnen mißliebiger Artikel und verlangen ultimativ die

Auflösung sämtlicher japanfeindlichen Verbände der Stadt.

Die Japaner nennen das eine „friedliche Blockade“ — sie sind ja schließlich nicht umsonst bei den europäischen Imperialisten in die Schule gegangen —, wie sie überhaupt streng von sich weisen, daß ihr Feldzug irgend etwas mit einer kriegerischen Aktion zu tun habe.

Was die weitere Entwicklung angeht, so wird diese nicht durch die Frage bestimmt, wie die übrigen imperialistischen Staaten sich zu der „friedlichen Blockade“ stellen. Amerika hat es jedenfalls für zweckmäßig erachtet, einen Zerstörer zur Wahrung der amerikanischen Interessen nach Schanghai zu entsenden und, wie verlautet, soll es auch

eine gemeinsame Aktion mit England erwägen, da seine Geduld „nahezu am Ende“ sei. Japan hat auf diese Maßnahme Amerika inzwischen durch Antwort geantwortet, daß es „ein weiteres Gesch. nach Schanghai entsandt hat.“

Eine andere Nachricht könnte dahin gedeutet werden, daß Japan doch entschlossen sei, einer Auseinandersetzung mit England und Amerika auszuweichen. Jedenfalls hat Japan an die englische Regierung auf deren Einspruch eine Antwort erteilt, derzufolge Japan die Blockade des Schiffsverkehrs aufgeben und sich auf eine Besetzung „der Gebäude der japanfeindlichen Verbände“ in Schanghai beschränken will. Andererseits wird das Verlangen der Bevölkerung, dem japanischen Vorgehen Widerstand zu leisten, immer größer, und nach einem sowjetamtlichen Bericht soll der Stadtrat von Schanghai beschlossen haben,

das japanische Ultimatum abzulehnen. Würde sich dies bestätigen, dann ist jeden Augenblick mit dem Ausbruch blutiger Zwischenfälle zu rechnen.

Einen anderen Gefahrenpunkt bildet die Stadt Charbin an der chinesischen Ostbahn. Diese Stadt ist am Dienstag von chinesischen — nicht, wie zuerst verlautete, von japanischen — Truppen der Mukdener Regierung besetzt worden, was besonders in Moskau große Beunruhigung erregt hat, da man befürchtet, daß die Japaner nunmehr auch Trup-

pen nach Charbin entsenden und die Stadt besetzen werden. Die japanische Kolonie in Charbin soll bereits den japanischen Kriegsmilitär und den Außenminister telegraphisch gebeten haben, sofort Truppen nach Charbin zu entsenden, da die Lage dort sehr gefährlich sei. Die Besetzung Charbins dürfte auch dazu führen, daß die chinesische Ostbahn bis zu den russischen Grenzstationen von den Truppen Sisjas besetzt wird.

Die Lage in Charbin

Peking, 27. Januar.

Die Lage in Charbin ist noch nicht geklärt. Wie verlautet, soll es am Dienstagabend zwischen den chinesischen Eisenbahnschutztruppen und der Vorhut der Armee Sisjas zu Zusammenstößen gekommen sein. Die Truppen Sisjas seien bei der Besetzung der Chinesenstadt von chinesischen Truppen beschossen worden, wobei sie angeblich 50 bis 60 Tote hatten. Die Sisja-Truppen haben in Charbin die meisten staatlichen Gebäude besetzt.

Die Sowjetflagge gehißt

Madrid, 27. Januar.

In Sevilla, Almeria, Alicante, Alcoy und in mehreren kleineren Städten dauern Teilstreiks noch an. Zu neuen Unruhen ist es dagegen in der Nacht zum Mittwoch in dem Dorfe Solana in der Provinz Valencia gekommen, wo die Bevölkerung das Pfarrhaus belagerte. Außerdem wurde dort das Rathaus gestürmt und die Sowjetflagge gehißt; auch wurden die Gleise einer Nebenbahn zerstört. Am Mittwoch morgen stellten starke Abteilungen der Guardia Civil, die von Valencia herbeigerufen wurden, die Ordnung wieder her. Auch in Dörfern der Provinz Saragossa konnte die Ruhe wieder hergestellt werden. In Padul bei Granada wurden zwei Arbeiter durch einen Polizeiposten erschossen.

Militär gegen Streikende

Aus Saragossa sind mehrere Kompagnien Infanterie, die Maschinengewehre mit sich führen, nach den Provinzen Teruel und Ruesca zur Unterdrückung des Streiks abgegangen.

Nach Belgien

Die Zentrale des spanischen Jesuitenordens in San Ignacio de Loyola ist seit Sonntag geschlossen. Die Ordensmitglieder haben sich geschlossen zur Abreise nach Belgien vorbereitet.

IAH-Gruppe für Einheitsfront!

Die IAH-Gruppe Cassirer in Charlottenburg veranstaltete eine öffentliche Werbeveranstaltung mit dem Thema: „Rote Einheitsfront gegen den Faschismus“. Das Referat des Gen. Ehrmann, Mitglied des Reichsvorstandes der IAH, zeigte die Ursache des Anwachsens der faschistischen Gefahr auf und forderte als Abwehr die Einheitsfront in den Betrieben und die Herstellung der proletarischen Klassenfront. Er zeigte im besonderen die Aufgaben der IAH als einer Organisation der proletarischen Solidarität bei der Durchführung von Kämpfen, die zur Bildung der Einheitsfront inner- und außerhalb der Betriebe führen müssen.

An der Diskussion beteiligten sich u. a. auch zwei Nazis, die versuchten, die Schuld an den letzten Berliner Bluttagen der revolutionären Arbeiterschaft in die Schuhe zu schieben und stellten die Behauptung auf, die KPD würde durch das jüdische Kapital ausgehalten. Es blieb einem SAP-Genossen, unserem Genossen Ziege, vorbehalten, die ganze Idiotie solcher Behauptungen eindringlich nachzuweisen. In sachlicher Diskussion wurden die Nazis von der Haltlosigkeit ihres Wirtschaftsprogramms überzeugt. Nach dem Schlußwort des Gen. Ehrmann gelangte ein Antrag des als Gast anwesenden Gen. Ziege zur einstimmigen Annahme, der

die Einberufung einer überparteilichen proletarischen Abwehrkündigung in Charlottenburg mit Hilfe der Organisation der IAH fordert.

Es wurde ein vorbereitender Ausschuss gewählt, der sich an die SPD, KPD, SAP und alle übrigen proletarischen Organisationen zum Zweck der Teilnahme zu wenden hat.

Brand eines Salpeterlagers

Paris, 27. Januar.

Bei Lalapisse ist heute vormittag ein Lager mit etwa 2500 Tonnen Natronsalpeter in Brand geraten. Binnen einer Viertelstunde stand das ganze Lager in Flammen. Der Schaden wird vorläufig auf 2½ Millionen Francs geschätzt.

Keine Schlachtsteuer

Berlin, 27. Januar.

Nach einer Erklärung, die das preußische Finanzministerium der Fleischerverbandszeitung abgegeben hat, ist das Projekt der Einführung einer Schlachtsteuer in Preußen von diesem Ministerium fallengelassen worden, nachdem es gelungen sei, einen anderen Weg zum Ausgleich des Etats zu finden.

Man wird darauf neugierig sein können, welches dieser „andere Weg“ sein soll.

Die Matrosenrevolte von 1917

Der Bericht eines zum Tode Verurteilten — Von Willy Sachse

4. Fortsetzung

Die letzte Nacht

Die Gerichtsverhandlung fand am Morgen des 28. August 1917 ihr Ende. Das Urteil ward gesprochen. So lautet seine Formel:

Gericht des IV. Geschwaders.

Urteil

in der Untersuchungssache gegen:

1. Oberheizer Willy Sachse, Max Reichpietsch, Willy Weber. S. M. S. „Friedrich d. Große“.
2. Oberheizer Joseph Fischer. S. M. S. „Pillau“.
3. Oberheizer Louis Bräuner. S. M. S. „Kaiserin“.
4. Obermatrose Adolf Bieber, Richard Linke. S. M. S. „Helgoland“.
5. Heizer Alwin Köbis, Hans Beckers. S. M. S. „Prinzregent Luitpold“.

wegen Kriegsverrat, hat ein auf Befehl des Gerichtsherrn und Chefs des IV. Geschwaders zusammengetretenes Feldkriegsgericht in der Sitzung vom 27. August 1917, an der teilgenommen haben, und zwar als Richter: a) militärische: Korvettenkapitän Weber, Vorsitzender, Kapitänleutnant Löwe, Oberleutnant z. See Köllmann; b) juristischer Verhandlungsführer, Marinekriegsgerichtsrat Sachse; als Vertreter der Anklage: 1. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Brehl, 2. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Lisch, 3. Marine-Hilfskriegsgerichtsrat Dr. Dobring; als Militärgerichtsschreiber: Marinehilfsgerichtssekretär Martini, für Recht erkannt: Die Angeklagten werden verurteilt: 1. Wegen vollendeter kriegsverräterischer Aufstandserregung: a) Reichpietsch, Beckers, Köbis, Sachse, Weber, zum Tode, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit und Entfernung aus der Marine, b) unter Annahme eines minder schweren Falles: Fischer zu 15 Jahren Zuchthaus, Bräuner zu 12 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren und Entfernung aus der Marine. 2. Wegen versuchter kriegsverräterischer Aufstandserregung Bieber und Linke zu je zehn Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren und Entfernung aus der Marine.

Der Stab war gebrochen, wann wird das Urteil vollstreckt?

Der letzte Augusttag verdämmert schon. Ein asketischer Mensch tritt zu mir in die Zelle. Der Geschwaderpfarrer. Sein Kommen schreckt mich aus meinen Grübeleien. Ich frage nach seinem Begehrt. Er ist bedrückt und teilt mir stockend mit, daß die letzte Stunde gekommen sei. Ich erschrak. Vor dem fünften September konnte doch unmöglich die Hinrichtung sein. Der Pfarrer spricht beruhigend auf mich ein. Ich bitte ihn, mich allein zu lassen. Wahrhaftig, jetzt ist Sammlung notwendig. Der Pfarrer geht. Ich bin allein in meiner Zelle. Mitleidig senkt die Nacht ihre schwarzen Schleier auf unser Leid. Die Wärter schließen die Gefangenen ein. Es wird ganz still im Hause. Die qualvollsten Stunden des Lebens beginnen für uns. Max Reichpietsch liegt unter mir. Immer höre ich seine Schritte, sein unruhiges Stöhnen. Gegenüber in Köbis' Zelle, ist's ganz still.

Der Wärter schlüpfte heran. Wenige Minuten darf ich Köbis sprechen. Als ich in seine Zelle komme, scheint Alwin sehr gefaßt, noch verbissener als sonst. Mit unheimlicher Ruhe setzt er mir auseinander, daß es doch besser ist, schon jetzt zu sterben, als erst noch lange, bange Tage auf den Tod zu warten. „Siehst du, Willy, eine Stimme muß doch sein, die den Matrosen ihre Mission erklärte, damit sie wissen, was zu tun ist, was sie zu heischen haben. Und wir hatten nun einmal das tatenfrohe Blut, das eben berufen ist, das zu vollbringen, was wir begonnen haben. Und weil ich das weiß, deshalb geh ich gern in den Tod. Wir haben unsere Stimme

erhoben, und die Matrosen hörten uns, sie werden nun mit eignen Händen vollbringen, was zu vollenden uns nicht beschieden ist...“ Worte, voller Mut und Entschlossenheit sprach noch Alwin Köbis zu mir in dieser Nacht. Sätze, die Kühnheit atmeten. In diesen wenigen Minuten unsres Zusammenseins sah ich ihn in seiner ganzen Größe. Freilich, sein Mut, seine Größe war nicht jenem gleich, der Soldaten eigentümlich ist. Die stehen in der Schlacht zusammen, angefeuert durch die Hoffnungen auf den Sieg und durch die Bilder ihrer Rückkehr als medaillengeschmückte Helden. Nein, nein, sein Mut war anderer Art. Wer je unter berstenden Kesseln, im tosenden Wirbel der Fluten die furchtbare Tragödie zermalmt Menschen miterlebte, der kann sagen, er hat einen Blick in die Hölle getan. Mit solchen Erinnerungen im Herzen, wird er fürs Leben alles wagen. Wird er Mut zur Tat auch dort haben, wo andere nur den Wahnsinn des Beginnens sehen. Und solchen Mut hatte Alwin Köbis. Einen Mut, den nur der Tod belohnen konnte. Wir müssen voneinander scheiden. Der Abschied ist kurz, ein Händedruck, nichts mehr. Der letzte von ihm.

Und wieder die Wanderung in meiner Zelle. Der ewig Gleichklamr geht es auf und ab. Mit heißem Kopf, mit der letzten Kraft des Denkens noch Rettung suchend. Doch die Kerkergitter sind schwer und die Zeit ist zu kurz, um noch Auswege zu finden. Endlich graut der Morgen. Es ist vier Uhr vorbei. Reichpietschs Tür wird geschlossen. Ein Schrei — —? Stimmengewirr. Die Zelle wird wieder zugeschlagen. Sekundenlang ist noch Totenstille, alles hält den Atem an. Dann wird es in der Anstalt lebendig. Die Gefangenen sind aufgeschreckt. Sie wissen um unser Schicksal. Bald darauf wieder Schritte auf unserem Zellengang. Sie kommen näher. Ich lehne mich an die Wand... Nahe meiner Zelle machen die Schritte halt. Schlüssel klappern. Doch — meine Tür wird nicht geschlossen. Es gilt dem Kampfkameraden Köbis!

Bald hebt sich eine Stimme hervor. Hart, metallisch. Ein Offizier verliest unser Urteil. Ich lausche, das Herz pocht laut, fieberhaft arbeiten die Pulse. Der Offizier schließt seine Vorlesung: „Die Begnadigung des Heizers Köbis wird abgelehnt, das Urteil vollstreckt.“ Das Blut

erstarrt in den Adern, ich muß mich festhalten. Da, ja, das ist sie, Köbis' Stimme: „Sie verfügen über mich, ich bin bereit!“ Ein Klirren, Schlösser schnappen. Köbis wird gefesselt. Die Mannschaft setzt sich in Marsch. Laut, vernehmlich ruft Alwin Köbis: „Lebt wohl, Kameraden!“ Einer der besten Kampfgefährten ist auf die Todesreise gegangen.

Wieder das bange Harren. Wann holen sie mich? — — Lange Stunden. Das Leben zieht in bunten, bewegten Bildern vorbei. Das ganze, kurze Leben. Hoffnungsschimmer tauchen auf und vergehen wieder in der Verzweilung des Herzens. Eine grausame Folter.

Endlich ist es sieben Uhr. Werftarbeiter ziehen unten vorbei. Man hört ihre Worte. Schritte nähern sich. Die Zellentür fliegt auf. Ein Kapitänleutnant tritt ein. Draußen sehe ich salutierende Matrosen. Der Offizier verliest die Ordre. Ich bin begnadigt —! Betäubt stehe ich und höre ferne Worte: „... zu fünfzehn Jahren Zuchthaus!“ Was?? Fünf... Fünfzehn Jahre? Soweit vermag ich nicht zu denken. Das wird ein schweres Sterben werden!

Porträt: Alfred Kerr

I.
1914. Nationaler Mann. Deutscher. Ton auf „eu“.

II.
1918. Revolutionär. Ton auf „rrrr“. Weniger Deutscher.

III.
1932. Ausbalanciert. Gangbare Mittelsorte. Geistige Plempe der „Eisernen Front“. Ton auf „plem“.

IV.
Zitat aus dem Düsseldorfer „Mittag“:
„Alles hat einmal ein Ende“ verselt Alfred Kerr im Berliner Tageblatt gegen den „Vaschismus“ und bekehrte — „heller wird's am Horizont“ — die „Eiserne Front“:

„Schwere Glocken, nicht Schalmeyen, Hallen heute durchs Geheg, Und ihr schließt die reisigen Reihen Und ihr macht euch auf den Weg, Und der Weg ist hell besonnt — Eiserne Front.“

Sieh mal an. Dieser, der wie kein Zweiter den asphaltnomadigen Literaten mit Witterung für Konjunkturmuschung ausgestattet ist, wird also wieder „reisig“. Das war er nämlich schon einmal, uns schaudert bei der Erinnerung. Während des Krieges noch beim Scherl-Verlag, verbrach er dort eine der aufblasensten Platteiten; denn Alfred Kerr war Caliban, der 1914 im „Tag“ also schnob:

„Jeder Schuß ein Ruß,
Jeder Stoß ein Franzos,
Jeder Klaps ein Japs,
Jeder Tritt ein Brit...“

Aber gemacht, er bleibt nicht Hauspoet der „Eisernen“, so hell besonnt ist ihm deren Weg doch nicht. Wer diese Magnatadel kennt, hat nie gezweifelt, daß die Fahrkarte von Scherl nach Mosse auf Rückfahrt gelöst wurde. Bei der „eisernen Station“ ist er schon wieder angelangt, ehe die „schweren Glocken“ dreimal bimmeln, werdet ihr ihn auf der Weiterfahrt sehen, wartet nur ab, schließlich steigt er schon richtig aus, wenn's denn absolut sein muß — sogar — Frechheit steh mir bei! — beim „Vaschismus“.

Grippeepidemie in der Türkei

Angora, 27. Januar.
In Konstantinopel, Adana, Izmir und Konia herrscht die Grippe. Die Schulen wurden geschlossen.

Der Kaugummikönig gestorben

Phoenix (Arizona), 27. Januar.
Der Kaugummikönig William Wrigley ist hier im Alter von 71 Jahren gestorben.

Todesurteil gegen einen Gattenmörder

Amberg (Oberpfalz), 27. Januar.
Nach zweitägiger Verhandlung verurteilte gestern das Amberger Schwurgericht den 27jährigen Gürtler Michael Weigl aus Eichenhofen wegen Gattenmordes zum Tode unter Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Weigl hatte nach seinem eigenen Geständnis im August vergangenen Jahres eine reichliche Portion Tollkirschenbrei unter den Schwarzbeerenbrei, den es zum Abendessen gab, gemischt, wobei er genau darauf achtete, daß die Tollkirschen nur an der Seite der Schüssel waren, an der seine Frau aß. Weigl aß dann in aller Ruhe mit ihr aus der gleichen Schüssel, sie die vergifteten Schwarzbeeren, er die unvergifteten. Die Frau starb in der folgenden Nacht.

Abschaffung der Prohibition in Finnland

Helsingfors, 27. Januar.
Der Reichstag nahm gestern in zweiter Lesung die Regierungsvorlage über das Alkoholverbot mit geringfügigen Änderungen an.

Die Lebensläufe

Der Spezialist für Lebensläufe, Emil Ludwig, ist nach dem Sudan abgereist. Er beabsichtigt, nach seiner Rückkehr ein schon lange geplantes Werk zu schreiben: „Der Nil, Lebenslauf eines Flusses“.

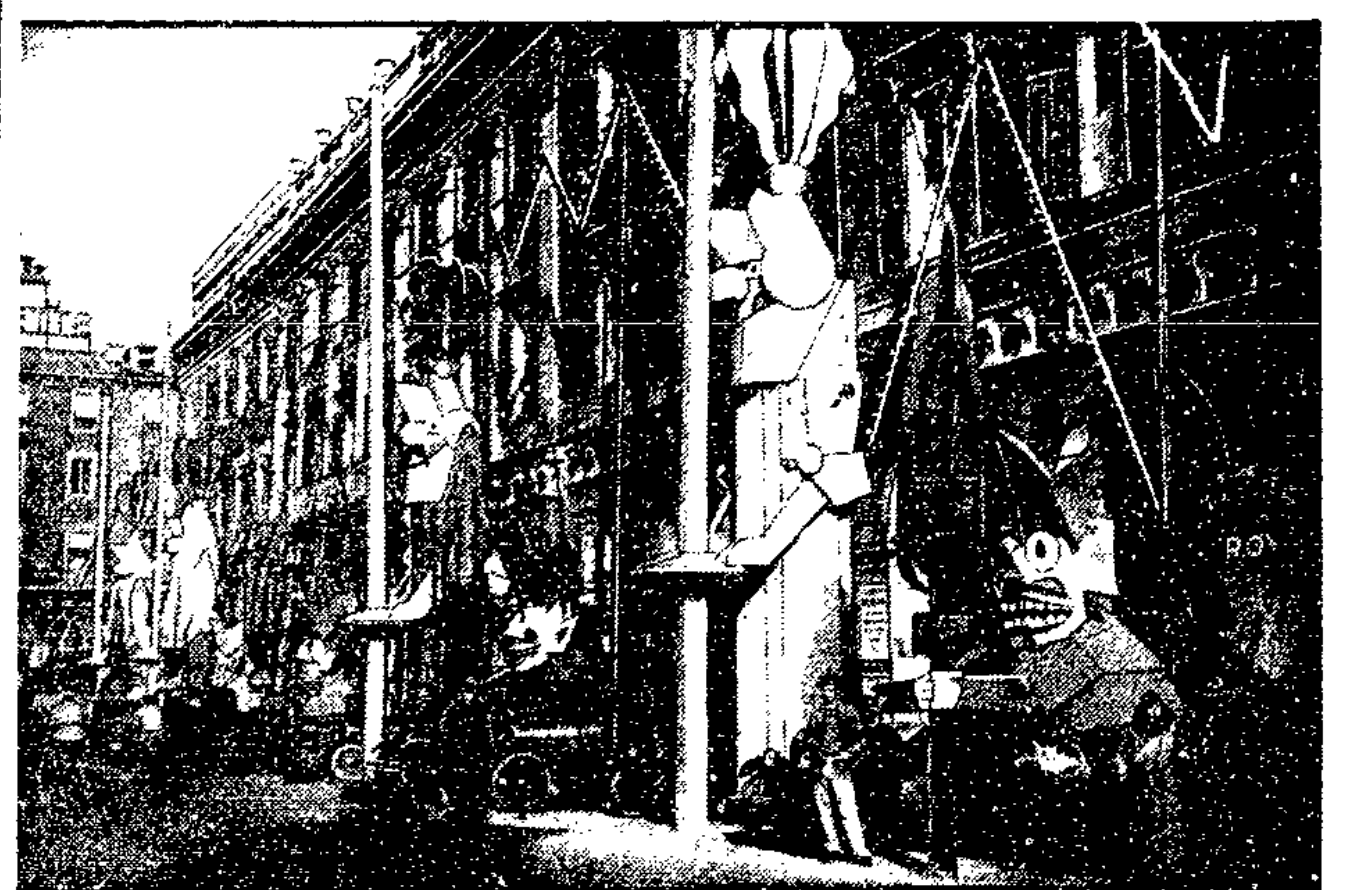
Da der „Lebenslauf Wilhelms des II.“ abgeschlossen, Hitler indessen für eine Biographie noch nicht reif ist, muß man sich wohl oder übel nach einem geeigneten Betätigungsfeld umsehen.

Emil Ludwig wurde von König Fuad in Kairo empfangen. Ob Ludwig infolgedessen beabsichtigt, einen Lebenslauf König Fuads zu schreiben, steht noch nicht fest. Die ägyptische Regierung stellt ihm jedenfalls für seine Nilfahrt einen eigenen Dampfer zur Verfügung. Die fernere Reise von Assuan ab erfolgt mit Unterstützung der englischen Regierung.

Die Elbe wieder nebfrei

Hamburg, 27. Januar.
Seit Mittwoch morgen ist das gesamte Gebiet der Unterelbe nebfrei und der Schiffsverkehr kann sich wieder ungestört abwickeln.

Der Karneval droht



Bei dem jährlichen Wettlaufen einzelner Städte, welche sich den mittelalterlichsten und rückständigsten Charakter geben kann, ist Nizza fest entschlossen, die Spitze zu halten. Die Müßiggängerstadt an der Riviera staffiert die Straßen für den Karnevalszug der kapitalkräftigen Nichtsteuer aus.

JUNO
6 Stück 20

Die „Tribüne“ der SAZ dient der Aussprache. Die Redaktion nimmt diese Zuschriften auf, gleichviel, ob sie mit dem Inhalt übereinstimmt oder nicht. Die Redaktion übernimmt daher für die in der „Tribüne“ erscheinenden Artikel nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Staatskapitalismus oder Sozialismus?

(Der Beschluß des letzten österreichischen Parteitag, die Entwicklung zum Staatskapitalismus zu fördern, die Tendenzen in der deutschen Sozialdemokratie, die in derselben Richtung gehen, die sogar dazu führen, daß Hillerding in der letzten Zeit aussprechen durfte, die letzte Notverordnung bringe einen Fortschritt zum Sozialismus, machen es unbedingt notwendig, einige Züge der tatsächlichen Entwicklung klar zu beleuchten, um zu verhindern, daß die Arbeiterklasse einem Irrtum zum Opfer fällt, der für ihre ganze Zukunft von vernünftiger Bedeutung sein könnte. In diesem Sinne ist dieser Aufsatz als ein Beitrag zur Programmdebatte der Sozialistischen Arbeiterpartei gedacht.)

Es gibt keine absolut ausgewogenen Situationen, weder für die herrschende, noch für die unterdrückte Klasse. Die Richtigkeit dieses Satzes wird sich aus der Analyse der heutigen Situation ohne weiteres ergeben. Gleichzeitig gilt es aber auch die richtigen Folgerungen daraus zu ziehen. Das soll in folgendem kurz versucht werden.

Die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft haben dieses moderne System der Menschenausbeutung in Schwierigkeiten gebracht.

Die kapitalistische Wirtschaft in ihrer alten Form ist zusammengebrochen.

Die imperialistischen Tendenzen des Kapitalismus haben zu einer Zerreißung der Weltwirtschaft geführt. Der Weltkrieg, die bisher gewaltigste, imperialistische Explosion des in seinem Profitstreben eingegangenen Kapitalismus, schuf mit seinem Zwang, im nationalen Rahmen ein Ganzes aufzubauen, einzelne voneinander abgeschlossene Wirtschaften, die sich nach dem Kriege durch Zollmauern weiter in ihrer Isolierung hielten.

Die herrschende Klasse aller Länder verlegte das Schwergewicht ihres Profitkampfes von außen nach innen. Durch Inflation, Deflation und Rationalisierung nahmen sie einen gewaltigen Raubzug am eigenen Lande vor. Die Verlagerung des Volksvermögens vom Kleinen zum Großen, von der Landwirtschaft zur Industrie, die sich als Folge ergab, schuf gleichzeitig die politische Machtstellung dieser oberen kapitalistischen Gruppe. Durch geschickte Volksbeeinflussung und durch Fehler des organisierten Proletariats gelang es ihr, große Teile selbst der arbeitenden Massen auf ihre, in nationale oder religiöse Gewänder verhüllte Seite zu ziehen und so diese Macht zu einer Macht in der Masse selbst auszubauen.

Die als Folge des Raubzugs am Einkommen und Vermögen der breiten Massen eintretende Kaufkraftschwächung, das Anwachsen der fest angelegten Kapitalsummen, die nach kapitalistischem Gesetz gebieterisch

Verzinsung forderten, aber eben ob derselben kapitalistischen Gesetzmäßigkeit, des Widerspruchs zwischen festgelegtem Kapital auf der einen, sinkender Kaufkraft, sinkender Beschäftigung, sinkendem Mehrwert auf der anderen Seite, nicht finden konnten, verbunden mit der Verschlebung gewaltiger Märkte, (Rußland, China, Indien) verbunden mit einem irrsinnigen System von Kriegsschulden und Reparationen, schuf die heutige Krise des kapitalistischen Systems. Der kapitalistische Rahmen ist für die entfesselten Produktivkräfte zu eng geworden, der Kapitalismus kann mit normalen Mitteln sich selbst nicht mehr retten.

Die gewaltige Steigerung und Verbreiterung der Not der arbeitenden Bevölkerung, die keine Arbeit und infolgedessen kein Brot mehr hat, der sich damit ansammelnde Druck auf die Gesellschaftsordnung, drängt zu einer gewaltsamen Lösung, zur Synthese, die ein Neues, Höheres der Entwicklung einschließen, soll.

Aber die kapitalistischen Herrscher haben gut vorgearbeitet. Durch die geschickte Beeinflussung der breiten, unpolitischen Massen erscheint diesen die Krise nicht als Folge des kapitalistischen Systems, sondern als Krise und Fehlleistung des Staates, der Politik, des Parlamentarismus, der bisherigen formalen Demokratie.

Die aus der Krise und aus dem Druck der arbeitenden Klasse entstandene Vermehrung der Macht des Staates, die Tendenzen dieses, regelnd in die kapitalistische Wirtschaft einzugreifen, sind der Arbeiterklasse längst aus der Hand genommen, aus einer Sozialisierung der Wirtschaft ist eine Sozialisierung der Verluste geworden. Die kapitalistische Klasse selbst ist heute die treibende Kraft, die zum Staatskapitalismus drängt, der für sie der Ausweg ist, die einzige Lösung der Krise bedeutet. Das haben zumindest die führenden Köpfe der kapitalistischen Klasse erkannt.

Die Verkuppelung von Staat und Wirtschaft, wie wir sie heute erleben, bedeutet also nur, daß der Kapitalismus alle Kräfte einsetzt, um diesen Staat in seine Hände zu bekommen. Es ist also keinesfalls ein Schritt zum Sozialismus, sondern eine Verstärkung der Macht des Kapitalismus, solange dieser den Staat und seine Machtmittel fest in den Händen hat. Und es hieß den Kopf in den Sand stecken, wollte man verneinen, daß dieser Staat in den Händen der kapitalistischen Klasse ist.

Daran ändert auch die Regierungsbeteiligung der Sozialdemokratie nichts, solange die Funktionäre dieser Partei im Staat sich dem Staat gegenüber verantwortlich fühlen und nicht der arbeitenden Klasse. Wäre aber die Arbeit dieser Funktionäre klassenbewußt,

dann gäbe es keine Regierungsbeteiligung der SPD.

Die Behauptungen, die im Lager der Sozialdemokratie aufgestellt werden, daß die heutige Entwicklung ein Schritt zum Sozialismus sei, wären nur dann richtig, wenn volle Demokratie herrschte. Dann könnte, gelänge es den Organisationen der Arbeiterschaft die geistige Beeinflussung der Massen durch die herrschende Schicht lahmzulegen (eine Möglichkeit ohne Wahrscheinlichkeit) und eine ideologische Klärung der Massenmeinung im Sinne des Sozialismus vorzunehmen, die heutige Herrschaft des Kapitalismus auf Grund der dialektischen Entwicklung in eine Herrschaft der Arbeiterschaft umschlagen. Es leuchtet aber auch hier ohne weiteres ein, daß dies nur eine theoretische Möglichkeit, ohne die Wahrscheinlichkeit praktischer Verwirklichung ist, denn die 14 Jahre seit 1918 sollten jedem denkenden Arbeiter bewiesen haben, daß der Kapitalismus es versteht, besser marxistisch zu denken, wie die Arbeiterschaft, daß er seine Entwicklungsgesetze kennt. Er ist also bei Strafe des Unterganges gezwungen, die Demokratie fallen zu lassen, so wie er die freie Marktwirtschaft hat zugunsten der gebundenen fallen lassen. Und wir erleben es heute täglich, die letzte Notverordnung ist das Beispiel par excellence, daß die kapitalistische Klasse mit folgerichtiger Konsequenz und unerbittlichem Druck auf das Proletariat diesen Weg beschreitet. Das Ende aber heißt Diktatur, heißt Faschismus.

Wenn heute Mussolini in Italien durch die staatliche Lenkung des Geldstroms und die Finanzierung der Industrie durch den Staat zu einer Art Staatskapitalismus vorwärts schreitet, so leistet er nur Pionierarbeit, so sollte dieses Beispiel aus dem klassischen Land des Faschismus genügen, um die Arbeiterschaft aufzuklären, wohin das Steuer, wenn auch mit umgekehrten Vorzeichen, bei uns geht. Die Unterstützung unserer Außenpolitik durch Italien ist ein weiteres Zeichen dafür, was gespielt wird. Die fortgeschrittenste Kapitalgesellschaft beginnt sich international untereinander zu verständigen, beginnt eine gemeinsame Front aufzurichten gegen den gemeinsamen Feind. Die Front geht eindeutig nach Osten. Nicht nur Rußland, wenn auch in erster Linie, sondern auch gegen das erwachende, sich in Anlehnung an Rußland emanzipierende China. Dort ist noch Ausbeutungsgebiet, dort liegen noch unerhörte Reichtümer verborgen, aber einer ist zu schwach geworden, sie sich allein zu holen. Das drängt zum Zusammengehen. Das Herz von Europa aber ist Deutschland, ohne Deutschland keine einheitliche Front. Also —!

Aus diesen tatsächlichen Verhältnissen muß die Arbeiterschaft, gleich wo sie organisiert ist, ihre Konsequenzen ziehen. Der Sozialistischen Arbeiterpartei aber fällt die Aufgabe zu, mit ihrem noch zu schaffenden Programm geistige Führerin der Bewegung des Proletariats zu sein.

Die scheinbar sozialistischen Zellen im Staat verkehren sich in Waffen des Kapitalismus. Die Arbeiterschaft darf also nicht mehr helfen, eine Entwicklung zu fördern, die auf ihre eigene Entrechtung hinausläuft. Zellen im Staat und in der Wirtschaft haben für die Arbeiterschaft nur dann Wert, wenn

sie die Entwicklung stören, nicht aber sie fördern; wenn sie dazu beitragen, die Widersprüche des kapitalistischen Systems zu vermehren, nicht aber sie verringern; wenn sie den Kapitalismus vernichten, nicht aber ihn gesund und lebensfähig machen.

Die Arbeiterschaft hat die ganze Staatsmacht an sich zu reißen, wenn sie nicht durch diese Staatsmacht im Dienst des Kapitalismus zermalmt werden will. Der Staat ist immer das Instrument der Ausbeutung im Dienst der herrschenden Klasse gegen die unterdrückte. Deshalb muß er von der heute unterdrückten Klasse, der Arbeiterschaft, im Sturm erobert und zerstört werden, an seine Stelle aber das Instrument der Herrschaft der Arbeiterklasse, die Räte-diktatur gesetzt werden.

Die Arbeiterklasse muß heute bei Strafe des Untergangs die Aufgabe lösen, die Lassalle ihr stellte, als er ihr zurief: „Sie haben die große Ehre, Vollstrecker des Willens der Geschichte zu sein“. Das Mittel zur Erfüllung dieses geschichtlichen Willens aber ist die soziale Revolution!

Das ist der Ausweg, der sich in der heutigen Situation der Arbeiterklasse zeigt. Sie wird diesen Weg beschreiten oder sie wird in der Barbarei der faschistischen Diktatur zugrunde gehen!

Rudolf Ringer.

Kleines Feuilleton

Die Stenographie der Römer.

Die in Rom durchgeführten archäologischen Untersuchungen haben den Nachweis erbracht, daß die Römer schon 200 Jahre vor Christi Geburt ein ausgebildetes stenographisches System in Gebrauch hatten. Die Untersuchungen wurden von Dino Massano ausgeführt, dem es gelang, das vollständige Stenographische Alphabet der altrömischen Kurzschrift wiederherzustellen. Es ist dabei besonders bemerkenswert, daß die Punkte und Striche dieser römischen Kurzschrift in gewisser Hinsicht mit den heute gebrauchten stenographischen Schriftzeichen übereinstimmen. Als Rom seine Herrschaft über die ganze bekannte Welt verbreitete, hatte sich, schon Jahrhunderte vor Christi Geburt, das Bedürfnis ergeben, zu beschleunigter Uebermittlung von Mitteilungen verschiedene Formen einer abgekürzten Schrift zu verwenden, die sich rasch im Handelsverkehr durchsetzte. Alte Dokumente zeigen, daß Briefe und Berichte meist in stenographischen Schriftzeichen abgefaßt wurden, die unübertragen im Original übersandt wurden, da ja der Empfänger den Schlüssel zur Uebertragung besaß.

Atmung in Piccards Kugel

Professor Piccard erreichte auf seinem Flug in die Stratosphäre die Höhe von 15 781 m. Er befand sich in einer von der Außenluft völlig abgeschlossenen Leichtmetallkugel. Unter diesen Umständen darf die Atemluft nicht mehr als zwei Prozent Kohlensäure enthalten. Sonst tritt nämlich nach drei bis vier Stunden eine lebensgefährliche Anhäufung von Kohlensäure ein. Piccard war aber 17 Stunden in der Luft. Diese Leistung konnte er nur dadurch bewerkstelligen, daß sich in der Kugel geeignete Sauerstoffgeräte befanden, die nicht nur den Sauerstoffbedarf der Gondelinsassen deckten, sondern auch durch geeignete Zusammensetzung der Atemluft die gefährliche Kohlensäure und den Wasserdampf entzogen.



Copyright by Neuer Deutscher Verlag, Berlin W 8

32. Fortsetzung.

„Ja, Schutz gebt ihr, nur kein Geld und kein anständiges Essen.“

Shirley wird still. Sie fühlt sich plötzlich müde. Der Direktor ist verschwunden und sie steht da, verloren in der Menge.

Die Rufe „zurück zur Arbeit“ werden immer dringender. Ja, das Aufsichtspersonal beginnt Notizen zu machen. Gut, man weiß, heute würde man den Kürzeren ziehen, aber alle wissen, das letzte Wort wurde noch nicht gesprochen.

Der Saal beginnt sich langsam zu leeren, nur Shirley wird umringt, trotz des Aufsichtspersonals, und trotz der dringenden Rufe.

Ingrid findet, man hätte ihr das nie zugebraut. Woher nahm sie nur soviel Mut? „Du wirst gefeuert werden“, versichert Salvatore Shirley.

„Ich bin „moralisch halbtot“, das hat er ganz schlaue eingefädelt, der Direktor, nur deswegen wird man mich wegschicken; aber ich will ja gefeuert werden, mir liegt ja längst nichts mehr an dieser Lausbude.“

Celestina hält Shirleys Hand, sie blickt zu ihr auf, als sehe sie die Tochter zum erstenmal. Sie hatte also auch anderes im Kopf, als ihre Vergnügungen. Sie dachte nicht nur an sich selbst, sie hatte sich Gedanken gemacht über das Leben, das sie hier alle führten. Nun braucht Celestina keine Angst mehr um sie zu haben, nicht mehr ihr nachzuspionieren. Sie würde schon selbst wissen, was sie zu tun hätte, wie sie den richtigen Weg finden müsse. Zum erstenmal merkt die Mutter, daß Shirley kein Kind mehr ist, sondern ein Wesen, das selbständig handeln kann.

Es gibt aber auch Mißvergnügte, die sich nicht genug über Shirleys Auftreten empören können. Sie schimpfen besonders laut und vernehmlich über die Verderbtheit der heutigen Jugend, wenn eine der Haushälterinnen vorbeigeht.

Patrizia ist es vor allem, die einiges über Shirley zu erzählen weiß.

„Sie klagt, daß sie nicht schlafen kann und kommt dabei gegen Morgen nach Hause. Wenn man tanzt, kann man auch nicht schlafen.“

„Ich hätte all die Frechheiten nicht angehört, wenn ich der Direktor wäre.“

„Mit diesem Großmaul wohne ich nun in einem Zimmer!“

Shirley will hingehen und ihnen die richtige Antwort geben, aber Fritz kommt jetzt auf sie zu.

„Ich hätte dich kaum wiedererkannt, so anders hast du gesprochen als am Vormittag in der Küche. Wenn du lernen wolltest, könntest du viel für die Arbeitenden tun. Du könntest mithelfen, die Welt umzuwandeln. Es genügt noch nicht, zu wissen, daß es uns dreckig geht, wir müssen auch den Weg finden, es zu ändern. Ich möchte mit dir noch vieles reden, — wollen wir uns nach der Arbeit treffen?“

Die Rufe „zur Arbeit, zur Arbeit“, werden jetzt so dringlich, daß alle, sogar Shirley, dem Ausgang zustreben.

Jetzt hat sie wieder ihre hochmütige Miene aufgesetzt.

„Wenn du es unbedingt wissen willst, kann ich es dir ja sagen: ich habe nur gesprochen, weil ich weiß, daß ich Geld haben und reich

sein werde, daß ich nicht mehr wie ein Tier werde leben müssen und die ewig gleiche Arbeit verrichten, daß ich ohnehin heute allem den Rücken drehen werde, daß ich keine Angst mehr zu haben brauche, vor keinem Direktor!“

„Wir können trotzdem noch einmal miteinander sprechen. Paß auf, wir werden uns noch treffen, du hast ja auch nicht geglaubt, daß wir uns heute mittag sehen würden.“

10.

Salvatore hatte am Vormittag seine Sache gut gemacht. Herr Fish erfuhr von ihm Marjories Pläne für den Mittag. Sie wollte mit ihren Freunden auf dem Dachgarten tanzen.

Herr Fish war zufrieden. Salvatore war es weniger, die geringe Freigebigkeit des Gastes enttäuschte ihn.

Aber Herr Fish mußte beginnen, mit seinen Mitteln hauszuhalten. Der Erfolg stellte sich nicht so schnell ein, und es war ratsam, noch auf allerlei Hindernisse gefaßt zu sein.

Es war aber ein gutes Vorzeichen, daß er die Möglichkeit haben sollte, Marjorie noch vor dem Abend zu sprechen. Er würde ihr schon klarmachen, daß er vor keinem Schritt zurückschrecke, und sie ihren Vater zur Nachgiebigkeit zwingen müsse.

Der Anblick des Dachgartens erfreut Herrn Fish. Dieser mit Blumen geschmückte und mit Teppichen belegte ungeheure Glaskasten inmitten des ruhigen Häuserngebirges erinnert ihn an eine Oase.

Das Netz der Straßen unten erscheint wie eine unendlich tiefe, zerklüftete Schlucht, in der Menschen geschäftig herumwimmeln.

Polizisten dirigieren die endlos hin und her flutenden Karawanen der Verkehrsmittel, die halten, rasen, halten, rasen...! An den Straßenecken sammeln sich Menschen wie Schafherden, jagen dann über die Straße, halten wieder, jagen, halten.

Ringsherum hinter den blinkenden Fenstern der Wolkenkratzer, die ganz nahe scheinen, sieht man sie arbeiten, in Büros und Werkstätten, die Köpfe, die Füße, die Hände. Manche bewegen Maschinen, als wären sie selbst Maschinen.

Und all diese hastenden Menschen scheinen winzig zwischen den in den Himmel hinaufragenden Türmen. Es scheint so, als hätte man die Häuser so hoch, so übermächtig gebaut, um die Menschen um so stärker ihre Kleinheit und Ohnmacht fühlen zu lassen.

Alle Geräusche, das Keuchen der Motoren und Maschinen dringt nur wie ein ganz fernes Summen hierher in diesen paradiesischen Raum.

Vor der Farbenpracht eines von Indianerhänden gewebten Teppichs stehen die Musikanten und spielen. Die Instrumente schrillen und klirren, pfeifen und flöten, Trommeln und Pauken geben den Rhythmus an, nach dem sich die Paare, alle von ausersensener Eleganz, inmitten des Raumes bewegen.

Sogar die Kellner folgen diesem Rhythmus, Sie schaffen die Platten, kunstvoll geschmückt, Eis gebettet oder auf Flammen gewärmt, herbei. Die Speisen dürfen nichts von ihrer ursprünglichen Wärme oder Kälte verlieren, während sich die Essenden in Tanzende verwandeln.

Herr Fish bleibt einen Augenblick in nachlässiger eleganter Haltung zwischen den Tischen stehen und mustert die Paare. Es dauert nicht allzu lange, bis er Marjorie entdeckt. Natürlich, sie tanzt. Sie tanzt mit einem jungen Bengel, — so bezeichnet Herr Fish, der wenig für diese Collegeboys übrig hat, die sich weiß Gott was einbilden, weil ihre Väter gespickte Geldbörsen haben. Er fühlt sich frei von jeder Eifersucht, aber es erfüllt ihn doch mit Aerger, daß Marjorie es nicht unterlassen kann, sich mit einem solchen Schnösel abzugeben.

Neue Sendewerke

Am 2. Februar gelangt im Berliner Rundfunk ein neues Hörspiel von Leo Lania „Der Mensch Nummer 17381“ zur Uraufführung. Am 23. Februar kommt im selben Sender ein neues Hörspiel von Ottoheinz Jahn „Giganten der Landstraße“ ebenfalls als Uraufführung heraus.

„Städtische Schwestern, wehrt euch!“

Nach einer Reichsverordnung aus dem Jahre 1924, die noch nicht aufgehoben ist, beträgt die Arbeitszeit für das Pflegepersonal bis zu 60 Wochenstunden. Im Jahre 1926 wurde aber für das Berliner städtische Pflegepersonal die 48-Stunden-Woche festgelegt. Mühsam rang man sich von der Auffassung los, daß die „barmherzige Schwester“ belohnt wird durch innere Befriedigung. Höchst widerwillig erkannte man auch dieser Gruppe von Arbeitnehmern Rechte zu.

Seit einiger Zeit beschäftigt die Stadt sich wieder lebhaft mit dem Geschick der Schwestern. Im November v. J. machten Deutschnationale und Nazis Vorschläge, die Verwaltung städtischer Krankenhäuser privatisieren und die Schwestern an Stelle von städtischen anzustellen. Man glaubte, 20 Millionen sparen zu können, wenn man von der tariflichen Arbeitszeit und Bezahlung loskommt. Diese Pläne wurden mit geringer Mehrheit abgelehnt; sie wären zum Glück auch undurchführbar gewesen. Die charitativen Verbände haben eine so große Zahl von Schwestern, wie sie in städtischen Krankenhäusern erforderlich ist, gar nicht zur Verfügung. Andererseits sind die städtischen Schwestern zum großen Teil Beamte oder Festangestellte und können nicht ohne weiteres entlassen werden. Immerhin wurden die Pläne ernstlich erwogen zu einer Zeit, wo es in Berlin bereits 2000 erwerbslose Krankenschwestern gab!

Aber die Sparmanie wütet weiter! Im Dezember vorigen Jahres erzwang der Magistrat gegen das angestellte Pflegepersonal einen Schiedsspruch, der eine 5prozentige Kürzung der Tarife brachte. Schon damals wurde angekündigt, daß eine Arbeitsverlängerung für das beamtete Personal und eine weitere Kürzung der Bezüge für das angestellte Personal in Aussicht genommen ist. Diese Pläne sollen jetzt durchgeführt werden! Die Arbeitszeit für das beamtete Personal wird auf 54 Stunden verlängert, für die Angestellten auf 44 Stunden verkürzt. In einem nicht ganz verständlichen Optimismus hofft man, dadurch sogar zu Neueinstellungen zu kommen. Zwei Drittel der Schwestern sind Beamte, und nur ein Drittel Angestellte. Das ergibt im Durchschnitt eine erhebliche Arbeitszeitverlängerung, und da die ganze Aktion als Sparmaßnahme gedacht ist, ist ja auch nichts anderes geplant. Es ist keinen Augenblick zu bezweifeln, daß diese Regelung zu erheblichen Entlassungen führen muß.

Nach der 4. Notverordnung laufen Tarifverträge nicht vor dem 30. April 1932 ab. Die 48stündige Arbeitszeit ist aber im Tarifvertrag festgelegt, daher kann rechtlich jetzt nicht daran gerüttelt werden. Der Anschlag ist geradezu ungeheuerlich, wenn man bedenkt, welche Kürzungen man dem Personal schon zugemutet hat, ungeheuerlich eine Arbeitszeitverlängerung zu einer Zeit, wo in Berlin 600 000 Menschen arbeitslos sind!

Man scheint aber noch weiter sparen zu wollen. Lange war das Personal überlastet durch Reinigungsarbeiten. Erst allmählich wurde Hauspersonal eingestellt, und im Juni 1930 wurde festgelegt, daß Reinigungsarbeiten vom Pflegepersonal nur auszuführen sind, wenn sie erhebliche Infektionsgefahr mit sich bringen oder die unmittelbare Umgebung des Kranken betreffen. Es sind aber soviel Kräfte eingespart worden, insbesondere durch die Herabsetzung der Vertretungen von 12 auf 8 Prozent, daß das Personal trotz dieser Entlastung noch überlastet und gehetzt ist und die Patienten oft nicht zu ihrem Recht kommen können. Im Dezember v. J. kam eine neue Verfügung heraus. Die genannten Arbeiten sind nur „regelmäßig“ zu machen. „Durch die Regelung wird nicht verboten, daß sich Pflegepersonal, soweit es die Rücksicht auf den Pflegedienst zuläßt, auch an anderen Reinigungsarbeiten in den Krankenhäusern beteiligt.“ Was nicht verboten ist, ist erlaubt, und für eine Erlaubnis hat man sich wohl höflicherweis noch zu bedanken!

Bei 54stündiger Arbeitszeit bleibt ja auch den Schwestern mehr Zeit zu Reinigungsarbeiten, und vielleicht gelingt es dadurch, den Stempelstellen wieder einen Teil der noch beschäftigten Reinmachefrauen zuzuführen!

Bei den langen Kämpfen, die um den Kostzwang geführt wurden, zeigte sich der Stadtmedizinalrat besonders besorgt um die Gesundheit der Schwestern. Er vertrat stets den Standpunkt, daß die Beköstigung in der Anstalt unbedingt erforderlich ist, weil sonst die Gefahr besteht, daß das Geld für überflüssige Dinge ausgegeben und nicht ausreichend für Verpflegung gesorgt wird. Wohl gemerkt, es handelt sich um erwachsene Personen, auch solche, die längst ihr 25jähriges Dienstjubiläum hinter sich haben! (Vielleicht äußert sich der Herr Stadtmedizinalrat auch einmal über den Einfluß einer 54stündigen Arbeitswoche auf den Gesundheitszustand!) Der Kostzwang wurde endlich im Mai v. J. beseitigt, gleichzeitig wurde dem Pflegeperso-

nal ausdrücklich freigesellt, auf Wunsch Wohnung und Kost in der Anstalt zu nehmen. Es war das die letzte Regelung, an der ich als Stadtverordnete mitwirken konnte; es schien damit ein Streitpunkt erledigt, um den jahrelang gekämpft worden war. Die Regelung hat aber den Weihnachtsfrieden nicht überdauert. Bereits am 29. Dezember v. J. erschien eine neue Verfügung. Danach hat das ledige und in der Anstalt wohnende Personal wieder grundsätzlich an der Beköstigung teilzunehmen. Im übrigen soll aber nur bei Vorliegen eines besonderen Notstandes die Teilnahme nach Wunsch gewährt werden. So entschieden der Kostzwang abzulehnen ist, so entschieden ist zu fordern, daß die freiwillige Teilnahme an der Beköstigung dem in der

Anstalt arbeitenden Personal möglich ist, das würde bei jeder der zahlreichen Debatten ausdrücklich betont!

Man sagt den Schwestern so viele, schöne Worte über ihren opfervollen Beruf. Leider glauben viele Schwestern selber daran, daß es sich gerade mit ihrem Beruf nicht verträgt, für ihre Rechte zu kämpfen. Heute kann man aber nicht mehr im Unklaren darüber sein, daß auch die Schwestern sich gegen rücksichtslose Ausbeutung wehren müssen! Nur ein kleiner Teil der Schwestern ist gewerkschaftlich, ein noch kleinerer Teil politisch organisiert. Reicht euch ein in die Kampffront, nur dann habt ihr die Möglichkeit, auch für eure Interessen zu kämpfen!

Dr. Käthe Frankenthal.

Unbezahlte Überstunden

Es gibt in Berlin einen auch heute noch sehr rentablen Beruf. Wenn man das Adreßbuch aufschlägt, findet man dort zahllose Anschriften von kleinen und kleinsten Verbänden aller möglichen Wirtschaftszweige. Sie alle haben einen Syndikus, und die meisten Syndici betreuen eine ganze Anzahl von Verbänden auf einmal. Sie leben von den Verbandsbeiträgen, rasen von einer „wichtigen“ Konferenz in die andere und kennen keinen Arbeitsmangel. Liegen nämlich keine positiven Aufgaben vor, dann schafft man sich welche: die Existenzberechtigung des „Verbandsbüros“, wie alle diese Stellen sich nennen, muß doch den Mitgliedern dauernd bewiesen und in dicken Schriftstücken vor Augen geführt werden.

Ein solches Verbandsbüro, in dem u. a. der Funkverband, aber auch Schwachstrom-Verbände, Textilverbände usw. betreut werden, residiert in dem alten verbauten Hause Zimmerstraße 3/4. Trostlose Raumverhältnisse, unmögliche hygienische Zustände sind dort Selbstverständlichkeiten. Dennoch arbeitet das Personal täglich mindestens von 9 bis 19 oder gar 20 Uhr, hat nur eine halbe Stunde Mittagspause und muß oft abends noch weit bis in die Nacht hinein schuften. Wenn nämlich die „Chefs“ am späten Nachmittag aus den Sitzungen kommen, dann geht es erst richtig los: Rundschreiben werden diktiert, müssen am gleichen Abend noch vervielfältigt werden und kommen meist dann noch nachts zur Post.

Betriebsrat? Keine Idee! Das wäre ja noch schöner. Ueberstundenbezahlung? Vielleicht nach der Entlassung durchs Arbeitsgericht, aber sonst doch nicht!

Eine kleine Feststellung

Der „Vorwärts“ vom 24. Januar beschwerte sich darüber, daß die „Rote Fahne“ unflätige Verleumdungen über den sozialdemokratischen Oberpfleger Falkner im Hospital Buch-Ost verbreite. Falkner wird beschuldigt, ärztlich verordnete Morphiuminjektionen zu stark dosiert zu haben und keine fachlichen Qualitäten für den Pflegerberuf zu besitzen. Der „Vorwärts“ erinnert daran, daß diese Verleumdungen im Jahre 1929 schon einmal verbreitet wurden und die Untersuchung in der städtischen Gesundheitsdeputation ihre völlige Haltlosigkeit ergeben hat. Der Bericht des „Vorwärts“ ist richtig. Er ist auch sicher von sachkundiger Seite informiert. 1929 wurde nämlich der Verleumdungsfeldzug gegen Falkner mit dem Ziel, einen Proleten auf Grund unwahrer Beschuldigungen aus Lohn und Brot zu bringen, mit großem Energieaufwand geführt — von der jetzigen sozialdemokratischen, damals kommunistischen Stadtverordneten Rosenthal!

Der Dienst frißt . . .

Wie aus der im „Deutschen Gendarmenblatt“ veröffentlichten Verlust- und Ehrenliste der preußischen Landjäger hervorgeht, haben im Jahre 1931 insgesamt 157 Landjägerbeamte bei Ausübung ihres gefährlichen Dienstes ihr Leben für die Allgemeinheit lassen müssen.

Davon kamen 103 Beamte durch Verkehrsunfälle und 54 starben an Verkehrsunfällen.

Weitaus höher dagegen ist die Zahl der bei Zusammenstößen, Festnahmen, Fahndungen, bei Angriffen durch Hieb- oder Schußwaffen Verwundeten oder Verletzten. Sie beträgt 1099.

Aus der Mark

Neustadt a. d. Dosse
Keine Mittel für die Provinzstraßen. Im Provinzialausschuß Brandenburg beginnen jetzt die Haushaltsberatungen. Das Steueraufkommen wird im nächsten Jahre sehr verringert sein, so daß die Ausgaben stark gedrosselt werden müssen. Da der Wohlfahrtsrat nicht zu senken ist, werden wahrscheinlich keine Mittel für Neubau und Ausbau der Provinzialstraßen vorhanden sein.

Der Elbe-Oder-Kanal wird vorläufig nicht gebaut. Auf eine Anfrage der Stadt Senftenberg im Preußischen Landtag wurde bekanntgegeben, daß die Mittel für den geplanten Bau eines Kanals von der Elbe über Senftenberg zum Oder-Spree-Kanal nicht vorhanden sind. Der Bau unterbleibt.

Eberswalde
Die Demokraten stellen sich schon wieder auf den Boden der gegebenen Tatsachen. Die Demokraten, auch unter der Firma Staatspartei bekannt, befinden sich in Liquidation. Das Bäckerdutzend ihrer Anhänger veranstaltet staatspolitische Abende. In all ihren Zusammenkünften stellen sie jetzt gegen den Sozialismus die autonome, d. h. freie Persönlichkeit. Freier als die Arbeitslosen sind, kann schon niemand mehr sein. Herr Dr. Bohner, M. d. L., referiert und kommt zu dem Schluß,

„Angriff“ — nach der falschen Richtung

Wegen Beleidigung der Mitglieder des Vorstandes der Produktionsbörse hatte sich vor dem Schnellschöffengericht in Moabit der verantwortliche Redakteur des „Angriff“, Gien, zu verantworten.

In der Beilage „Roter Adler“ hatte der „Angriff“ im Dezember vorigen Jahres einen Artikel „Landwirtschaft und Produktenbörse“ veröffentlicht.

Dieser Artikel befaßte sich mit der Tätigkeit des Börsenvorstandes, dessen Mitglieder nach ihren Konfessionen namentlich aufgeführt waren. Der Artikel schloß mit dem Satz: „Der Börsenjude klagt, was der Bauer baut.“ Es war in dem Artikel auch ausgeführt worden, daß die christlichen Mitglieder des Börsenvorstandes nichts zu sagen hätten und lediglich Reklamegolds seien.

Darauf wurden aber merkwürdigerweise nicht nur die jüdischen Mitglieder des Börsenvorstandes wild, sondern die „Reklamegolds“ erklärten sich solidarisch und es erhoben fünf Mann aus dem Börsenvorstand Klage gegen den „Angriff“.

Rechtsanwalt Dr. Hans Koch erklärte, daß er als langjähriger Börsenkommissar feststellen müsse, daß dem Börsenvorstand ständig sechs Landwirtschaftsvertreter angehören, von denen zwei der Börsenkommission angehören und an der Festsetzung der Kurse mitwirken. Der Börsenvorstand habe einstimmig, einschließlich der Landwirtschaftsvertreter, den Beschluß gefaßt, den Handelsminister aufzufordern, Strafantrag zu stellen. Rechtsanwalt Fiek machte für den Angeklagten geltend, daß der Artikel sich nur gegen die Börsenspieler und Börsenspekulanten richte.

Das Schöffengericht kam zu der Ueberzeugung, daß die Tendenz des Artikels dahin gehe, daß die Tätigkeit der jüdischen Mitglieder des Börsenvorstandes darauf abziele, den Landwirt um seinen schwer verdienten Lohn zu bringen. Darin liege eine schwere Beleidigung und offensichtlich habe der Artikel rein propagandistischen Zwecken gedient.

Das Schnellschöffengericht verurteilte den Angeklagten wegen öffentlicher Beleidigung zu 400 Mark Geldstrafe oder für je 50 Mark einen Tag Gefängnis.

„Feuerüberfall“ auf harmlose SA

Ein Feuerüberfall ist in Bernau in der Nähe des Wasserturmes während der Nacht zum Dienstag auf Nationalsozialisten verübt worden.

Nach Angabe der Ueberfallenen sollen an 40 Schuß gegen eine daherziehende Gruppe von Nationalsozialisten sowie in die Zimmer eines dort wohnenden Parteigenossen abgefeuert worden sein. Glücklicherweise ist niemand verletzt worden, da infolge der Dunkelheit die Schüsse ihr Ziel verfehlten.

Die Polizei nahm sofort eine Waffendurchsuchung in den Parteilokalen der Kom-

SIV und SAP Berlin

Sonderveranstaltung

„Die Mutter“

am 1. Februar, 20.15 Uhr, im Lustspielhaus (nicht Komödienhaus), Friedrichstraße, Nähe Hallesches Tor. Karten an der Abendkasse. Preise: 0,90 M., Erwerbslose 0,60 M.

munisten und Nationalsozialisten sowie eine Abriegelung der Zugangswege zum Schauplatz des Feuerüberfalls vor. Patronen und eine Schußwaffe wurden gefunden und sichergestellt.

Ein SA-Mann wurde verhaftet und in das Berliner Polizeipräsidium eingeliefert.

Flammentod einer Greisin

Ein schweres Brandunglück, das ein Todesopfer forderte, ereignete sich Mittwoch morgen in der Herbertstr. 8 in Charlottenburg. Die 83jährige Witwe Anna Eberts, die bei ihrer Tochter wohnt und seit längerer Zeit wegen Altersschwäche und Krankheit bettlägerig ist, wollte vom Bett aus einen auf den Nachttisch stehenden Leuchter anzünden. Das brennende Licht stürzte infolge der Hilflosigkeit der alten Frau um und setzte das Federbett sofort in Flammen. Ehe die in einem Hinterzimmer der Wohnung sich aufhaltende Tochter auf das Schreien und Klopfen der Greisin herbeieilte und die Flammen ersticken konnte, hatte die alte Frau bereits gefährliche Brandverletzungen an der rechten Schulter davongetragen, die so schwerer Natur waren, daß sie bald nach der Einlieferung ins Hildegard-Krankenhaus verstarb.

Konfitürenliebhaber gefaßt

Zwei Polizeibeamten gelang es Mittwoch nacht, eine Einbrecherkolonne in Stärke von drei Mann zu ertappen, die gerade dabei war, in das Konfitürengeschäft von Siefke in der Koppenstraße einzubringen.

Die Beamten hörten im Vorbeigehen verdächtige Geräusche, die auf einen Einbruch schließen ließen. Als sie den Hof absuchten, sahen sie aus einem Fenster der Firma Siefke matten Lichtschein. Nun drangen sie in die Geschäftsräume ein und fanden die Einbrecher bei voller Tätigkeit. Die Ladenkasse, in der sich 132 Mark befanden, war erbrochen. Damit aber nicht genug, hatten die Burschen bereits begonnen, die Ward zu einem angrenzenden Zigarrengeschäft durchzutragen. Die drei wurden festgenommen und dem Polizeipräsidium eingeliefert.

Die Potsdamer Lawine rollt

Ein Teilausschnitt aus dem Potsdamer Bestechungskandal beim dortigen Stadtbauamt wird bereits in Kürze das Gericht beschäftigen.

Die Staatsanwaltschaft hat gegen den Stadtbauinspektor Rauh und gegen die beiden Inhaber der Potsdamer Baufirma Lillie Anklage wegen passiver und aktiver Bestechung erhoben, und zwar soll es sich um Zuwendungen in Höhe von rund 8000 Mark handeln, die der Beamte von dieser Firma für ihre Bevorzugung bei städtischen Bauarbeiten erhalten haben soll.

Der Fall des Stadtbauamtmannes Kießling, bei dem es sich bekanntlich um den Verdacht von Unregelmäßigkeiten beim Durchstich am Brauhausberg in Potsdam handelt, sind dagegen noch nicht soweit gediehen, daß die Untersuchung zum Abschluß gebracht werden konnte, weil hier die Nachprüfungen der Sachverständigen noch im Gange sind.



Am Mittwochmittag wurde das Gebäude der Gaugeschäftsstelle der NSDAP in der Hedemannstraße von der Polizei besetzt und durchsucht.

Angeblieh soll es sich um Verhaftung eines Redaktionsmitgliedes im „Angriff“ handeln, der im gleichen Gebäude gedruckt wird.

Die polizeilichen Ermittlungen in der Moabit Messerstecherei haben zur Namhaftmachung von drei Personen geführt, die als die mutmaßlichen Täter in Frage kommen.

Die Namen sind: Harry Taek, Wittstocker Straße, Willy Simon, Siemensstraße, Bernhard Klingbeil, wohnungslos. — Die Gerannten sind flüchtig und zur Zeit nicht aufzufinden. Der Polizeipräsident beabsichtigt eine Belohnung von 500 Mark auf die Ergreifung der Mörder auszusetzen. — In Verbindung mit der Mördersuche wurde am Dienstagabend eine Razzia in Moabit durchgeführt, die jedoch kein praktisches Ergebnis brachte.

Eine kommunistische Versammlung im „Märchenbühnen“ am Friedrichshain wurde von der Polizei aufgelöst, da sich zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Versammlungsteilnehmern eine Saalschlacht entspann. Der Saal wurde geräumt, zwei Faschisten verhaftet.

Freudentaumel bei den Textilproleten erwecken. Der ab 1. Januar festgesetzte Lohn bringt bei Akkordarbeitern eine Kürzung von 4 bis 5 Mark wöchentlich. Wie bitterer Hohn wirkt es, wenn man dagegen die Mietsenkung bei Neubauwohnungen betrachtet. Ein krasser Fall ist der der Gewoha Forst. Eine Mietsenkung von 46 Mark wird um 1,35 Mark gekürzt.

Etwas von der SPD! Vor einigen Tagen brachte die Lausitzer „Volkszeitung“ den Jahresbericht der SPD Forst. Überschrift: „Vorwärts trotz Wirtschaftsnot, Krise und Spalter.“ Nachdem die Oppositionellen der Partei den Rücken gekehrt haben, gibt es immer noch genug Aerger. Als erstes gab es da um den Arbeiterssekretär so allerhand Geschichten. Das Gewerkschaftskartell brachte die Angelegenheit ins reine. Arbeiterssekretär Heine wurde entlassen. Die Sache kam aber auch vors Arbeitsgericht, und nun muß man ihm noch ein Monatsgehalt zahlen. Heine ist aber auch noch SPD-Stadtverordneter. Diesen würde man noch verschmerzen, aber da ist auch wieder der SPD-Stadtverordnete Paul Petschke, welcher auch im Provinziallandtag sitzt. Bei der Bürgermeisterwahl im Herbst 1931 hat er zur Enttäuschung seiner Genossen für einen konservativen Bewerber gestimmt. Lange hat man nun hinter den Kulissen verhandelt. Petschke blieb aber hartnäckig und legte die Mandate nicht nieder, so daß die letzte Versammlung der SPD stürmisch verlief. Petschke wurde ausgeschlossen.

Weißensee

Öffentliche Versammlung

Freitag, 27. Januar, 19¼ Uhr, im Lokal Rutzki, Dingseldtstr. 19 (Kinderreichen-Siedlung). Thema:

Die proletarische Einheitsfront gegen den Faschismus

Sportschau der SAZ

Noch ein Berliner Fußballspiel

Saxonia I—BSV 31 1 3:3 (1:1)
BSV war im ganzen die technisch bessere Partei, doch gleich S. durch großen Eifer aus. Schon nach wenigen Minuten wurde S.s r. L. verletzt und etwas später auch S.s r. V., so daß er nur auf Rechtsaußen als Statist spielen konnte. Durch einen scharfen Schuß des BSV-Stürmers gingen sie 1:0 in Führung. Doch gelingt es S. noch vor der Pause auszugleichen. Dieser Stand war dem Spielverlauf nach durchaus berechtigt. Nach der Pause drückte BSV stark und erhielt auch durch unhaltbaren Schuß des h. L. die verdiente 2:1-Führung. S. riß sich zusammen und bei einem Durchbruch schießt der h. L. von S. ein. Zehn Minuten später geht S. durch einen großartigen Schuß des h. R. sogar in Führung. Es war das beste Tor des Tages. Die BSV-Stürmer schossen alles daneben oder drüber weg, trotz ihres besseren Mannschaftsspiels. Erst ein Selbsttor des rechten Saxonia-Läufers schafft ihren Ausgleich herbei. BSV konnte mit seinem Gegner zufrieden sein, denn S. kämpfte fair und tapfer.
Saxonia II—BSV 31 II 5:2 (2:0).

Norddeutscher Arbeitersport

Wer wird norddeutscher Meister?
Am Sonntag siegte in Lübeck Kiel-Ost knapp mit 2:1 über FSV.-Lübeck. Die Kieler spielten oft lauter als gut und hatten Glück, daß Lübeck nicht noch den Ausgleich erreichte.

Lübecker Turnen

Am Sonntag fand das Bezirksausscheidungsturnen statt. Meisting hielt den ersten Platz, Holstentor blieb nur mit einigen Punkten hinter ihnen. Schlutup hinkte etwas hinterher.

Hessen und Hessen-Nassau

Um die Handball-Kreismeisterschaft

Bockenheim holt auf!
Ueberraschenderweise konnte Frankfurt-Bockenheim aus Darmstadt einen 3:2-Erfolg holen und damit Punktgleichheit mit seinem sonntäglichen Gegner erreichen. Vor Halbzeit waren die Gäste klar überlegen, was auch das 3:1-Resultat widerspiegelt. Nachher zog Darmstadt mächtig los, konnte aber nach hartem Kampfe erst kurz vor Schluß einen Treffer aufholen. Der Großkampf in Hessens Hauptstadt konnte sich eines starken Besuches erfreuen. — Nachstehend die Tabelle:

Vereine	Sp.	gw.	u.	vl.	Tore P.
FrTgde Darmstadt	3	2	—	1	12:8 4:2
FrT Pfm.-Bockenheim	3	2	—	1	8:10 4:2
FrT Oberroden	2	—	2	2	7:9 0:4

Privatspiele. VfL 13 Frankfurt—Griesheim b. D. 7:6; Jask-Frankfurt—Frankfurt-Nord 1:6 4:8; Oberroden—Dreieichenhain 7:6; Rechenheim—Hanau 5:2; Arheilgen—Heppenheim

5:6; Mainz-Kastel—Hechtsheim 4:8; Mühlheim—Dietsheim 1:6; FrT Offenbach—Wiesbaden Abt. III 9:2; Eberstadt—Jugenheim 7:1; Frankfurt—Sachsenhausen—AWV Offenbach 5:3; Gr.-Bieberau—Reinheim 7:4.

Turnen

Gerätewettkämpfe im 1. Bezirk, Kl. A: Urberach—Arheilgen 561:542.

Schwerathletik

Serienkämpfe der Ringer: Frankfurt—Rödelheim—Neu-Isenburg 7:7; ASV Westend Frankfurt—Höchst a. M. 7:7.

FrTschft Nord-Frankfurt a. M. Die Jahreshauptversammlung findet am kommenden Samstag, d. 30. Januar, 20 Uhr, in der Turnhalle der Kleistschule, Kleiststraße 20, Hof links, 1. Stock, statt. Das Erscheinen aller Mitglieder wird erwartet.

Aus Thüringen

Meuswitz I. Leipzig-Pannsdorf 11:7
Meuswitz II. Kriebitzsch I. 1:1
Meuswitz III. Kriebitzsch II. 2:2
Meuswitz (Knaben) Vorwärts-Altenburg (Knaben) II: 10
Priesen-Altenburg-Eythra 4:0
Vorwärts-Altenburg-Eisenberg 4:4
Vorwärts-Altenburg II. Eisenberg II. 2:0
Vorwärts-Altenburg (Jgd.) Zechna (Jgd.) 2:3
Priesen-Altenburg (Jgd.) Thraha (Jgd.) 2:0
Rositz-Gera-West I. 3:0
Rositz II-Gera-West II. 2:2
Rositz III-Gera-West III. 7:1
Rositz IV-Zschendorf IV. 3:2
Rositz (Jgd.)-West (Jgd.) 3:2
Rositz (Knaben)-Wintersdorf (Knaben) 7:0
Turnerbund Altenburg—Crottenlaide 1:1
Turnerbund Altenburg II—Crottenlaide II 1:0
Turnerbund Altenburg (Jgd.)-Zschendorf 2:3
Wintersdorf (Jgd.)-Lucka (Jgd.) 4:1

Sächsische Arbeitersportler tagen

Die Gruppenhauptversammlung der dritten Gruppe des südwestsächsischen Bezirks

hat in einer Frage Klärung gebracht: die Delegierten haben sich eindeutig (gegen nur zwei Stimmen) entschieden, daß die Zugehörigkeit zur SAP durchaus vereinbar ist mit der Tätigkeit eines Arbeitersport-Funktionärs.

Außergewöhnlich groß war die Zahl der Gäste, die neben den 49 stimmberechtigten Delegierten erschienen waren. Zweifellost hatte das angekündigte Referat der Genossin Siemsen viele angezogen, und es war sehr schade, daß unsere Genossin durch Krankheit am Erscheinen behindert war. Sicher aber wird sie ihr Versprechen später einlösen. Wäre sie dagewesen, hätte man eine unfruchtbare Debatte um die umstrittene Stellung des Vorsitzenden sicher vermeiden können.

Die Berichte wurden ohne nennenswerte Kritik entgegengenommen. Es ging aus ihnen hervor, daß ein beachtliches Stück Arbeit geleistet worden ist. — Die Anregung der Bezirksleitung, die geschäftlichen Gruppen-

leitungen aufzulösen, fand keine Gegenliebe. Ein Antrag, die Bezirksbeiträge zu ermäßigen, fand dagegen mit großer Mehrheit Annahme. Beschlossen wurde auch die Beteiligung an dem Kindertreffen der Greizer Gruppe sowie die Veranstaltung des Bezirksfestes.
Die Neuwahlen brachten die Bestätigung des umstrittenen Vorsitzenden, dem Genossen E. Queck gegen nur zwei Stimmen und der anderen Genossen von der geschäftlichen und technischen Leitung einstimmig. Als Vertreter für den Bezirkstag aller Sparten gelten bzw. werden gewählt die Genossen Geiger, Sonntag, Merkel, P. Körner und Queck. Die Konzeptionsfrage der Eigenheime löste eine längere Debatte aus. Mit dem Liede „Wann wir schreiten“ schloß die Tagung.

Sparen, sparen!

Lehrer Wiemann hielt anläßlich des Turntags der 1. Gruppe des Zwickauer Bezirks einen ausgezeichneten Vortrag über „Sozialistische Erziehung“, dem sich eine nicht minder interessante Debatte anschloß. Die Berichte konnten keine nennenswerten Fortschritte aufzeichnen. Auf Antrag der Versammlung wurde ein unter dem Geschäftsbericht nur flüchtig gestreifter Vorschlag der Bezirksleitung auf Auflösung der geschäftlichen Gruppenleitungen gesondert behandelt. Auf Verlangen der Versammlung wurde das Schreiben des Bezirksturnrates über diese Frage verlesen. Genosse Lahr gab als Beauftragter des Turnrates die näheren Informationen dazu. Aus seinen Ausführungen war besonders wichtig der Mahnruf zum Sparen. Nicht allein die geschäftlichen Gruppenleitungen sollen aufgehoben werden, sondern der Betrag für den Bezirkstag aller Sparten gestrichen werden. Ganz richtig brachte Genosse Lahr zum Ausdruck, daß der Bezirkstag aller Sparten von den Vereinen selbst delegiert werden müsse. In der Debatte wurde diese Umorganisation als durch die Entwicklung schon längst nötig bezeichnet, von Vertretern des Gruppenrates jedoch dagegen gesprochen. Die Angelegenheit wird zum Bezirksturntag weiter besprochen werden. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die Wahlen ergaben Wiederwahl der bisherigen Funktionäre.

Vom Niederrhein

Hamborn-Schmidthorst schlägt Duisburg 3:2

Etwas 4000 Zuschauer sahen in Dbg.-Meiderich ein von Anfang bis zu Ende spannend durchgeführtes Spiel mit packenden Kampfszenen vor beiden Toren. Trotz der sehr schlechten Platzverhältnisse führten beide Mannschaften ein technisch hochstehendes Spiel vor. Leider war der Leiter des Spieles seiner Aufgabe nicht ganz gewachsen. Bei etwas mehr Energie seinerseits wären die gegen Schluß des Spieles auftretenden Härten bestimmt unterblieben.

Handball

Arnstadt—Lehrershausen 10:5, TG. Erfurt—Suhlertendorf 9:6, Fr. Erfurt—Sommerfeld 9:2, Nebra—Menschwitz 1:7, Telesport—Lembach 5:1.

Burgstädt's Fußballer tagten in Rußdorf

Es war eine prächtige Tagung. Bis auf zwei waren alle Vereine durch 35 Delegierte vertreten. Als besonders erfreuliche Tatsache war in den Berichten — die gedruckt vorlagen — vermerkt, daß im vergangenen Jahre fünf neue Abteilungen entstanden sind, so daß der Bezirk jetzt 15 Vereine und Abteilungen mit ca. 750 Mitgliedern mustert. Erfreulich war auch der rege Spielverkehr, der den Beweis erbrachte, daß der Burgstädter Bezirk mit jedem Großstadtbezirk konkurrieren kann. Die sechs Bezirksspiele verliefen recht günstig, und das Auslandsspiel gegen Estland vor 3000 Zuschauern war ein propagandistischer — wenn auch leider nicht sportlicher — Höhepunkt.

Trotz aller Widerstände wurde auch für das kommende Sportjahr ein großzügiges Programm festgelegt, dessen Höhepunkt das Bezirksfest aller Sparten bilden wird. Bezirksspiele gegen Dresden, Leipzig, Mittweida und das Erzgebirge und eine Anzahl von Kursen und Sitzungen sind überdies vorgesehen.

Nach einem Vortrag über „Arbeiterschaft und Abwehrkampf“ erfolgten dann die Neuwahlen reibungslos und einstimmig. Die Bezirksleitung erhält ein stark verändertes Gesicht. (Naheres im Safu.)

Organisationsnachrichten

SAP

- Ortsgruppe Charlottenburg: Abrechnung der Eintrittskarten zur LL-Feier unbedingt Freitag, 29. Januar, beim Gen. Seigewasser, Saarestr. 11.
- Bezirksverband Berlin: Freitag, 29. Januar, 19:00 Uhr, im Lokal Behrendt, Gipsstr. 3, Versammlung der im Gesamtbereich organisierten Genossen der SAP. Verbandsbucher mitbringen.
- Bezirksverband Berlin: Alle SAP-Genossen der AFA-Verbinde treffen sich bei Schulz, Elisabethstr. 30, nahe Alexanderplatz, 15 Uhr, zur Aussprache. Verbandsbucher mitbringen.
- Ortsgruppe Falkenberg-Bohdorf: Heute, 19:00 Uhr, am Konsum, Ecke Paradiesstraße. Erscheinen aller Genossen unbedingt notwendig.
- Ortsgruppe Wedding: Bildungskursus der Gen. Dora Fabian fällt heute aus.
- Bezirksverband Berlin: SAP-Metallarbeiterversammlung, Donnerstag, 28. Januar, 20 Uhr, im Lokal Wolter, Rungestraße 17.
- Bezirksverband Berlin: Die für Donnerstag, 28. Januar, festgesetzte große Funktionärsversammlung fällt aus. Dafür erweiterte Bezirksvorstandssitzung, 20 Uhr, bei Schulz, Elisabethstr. 30, Nähe Alexanderplatz.
- Ortsgruppe Charlottenburg: Vorstandssitzung bei Barts, Freitag, 29. Januar.
- Ortsgruppe Neukölln: Sonntag, 31. Januar, 10 Uhr, Funktionärsversammlung bei Löffler, Weichsel-Ecke Ossastr.

SJV

- Heute, Donnerstag, 28. Januar, 19.30 Uhr: Gewerkschaftsausschuß: Heim, Prenzlauer Allee 34. Für alle Genossinnen und Genossen, die in der Gewerkschaftsarbeit stehen, alle Berufsschulvertrauensleute, Betriebsvertrauensleute, pünktlich 20 Uhr, Thema: „Der Kampf um die Gewerkschaften.“
- EBL-Sitzung: Morgen, 20 Uhr, Sekretariat.
- Charlottenburg-Mitte: Heim wie bekannt. Spartakusbund und die heutige Situation.
- Frankfurter Allee II: Heim, Frankfurter Allee 307: Welche Internationale?
- Hansa: Heim, Lehrter Str. 18/19: Sowjetrußland.
- Mitte-Nord „Ernst Toller“: Heim, Elisabethkirchstr. 29: Rußland.
- Mitte-Süd: Heim, Waisenstr. 18: Sozialistische Erziehung.
- Moabit: Heim, Lehrter Str. 18/19: Rußland IV.
- Süd-West: Heim, Kreuzstraße: Arbeitsgemeinschaft des Genossen Ku. Keck.
- Schwandorf: Heim, Schwandorf, Schule, Zimmer 5: Mitgliederversammlung.
- Wörther Platz, „Matteotti“: Heim, Prenzlauer Allee 34: Tagespolitik.
- Westend: Heim, Sportplatz: Tagespolitik.
- Weißensee, „Karl Marx“: Heim, Lokal Bohacek am Mirbachplatz: Presseabend.
- Zehlendorf: Heim wie bekannt: Tagespolitik.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Will Schaber, für Inserate: Johannes Hoffmann, Verlag, Sichel Zeitungs-Verlags-ges. m.b.H., Druck: Georg Köpcke, Magazinstr. 15/16.
„SAZ, Sozialistische Arbeiterzeitung“ erscheint täglich außer Montags
Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. 1 Kupfergraben E 2 2 04.
Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16, Tel. 1 Kupfergraben E 2 2 05.
Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2,40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2,40 und RM —,36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2,10 und RM —,36 Zustellgebühr. Unter Kreuzhand: RM 2,10 monatlich zuzüglich RM 1,30 Porto.
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.
Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlags-ges. m.b.H.“, Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 17 923.

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch _____ Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung“

Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name: _____

Wohnort: _____

Straße: _____

monatlich . . . 2.40 RM. inkl. Bestellgeb.
wöchentlich . . 0.60 RM. inkl. Bestellgeb.
bei Postbezug 2.10 RM. zuzügl. 36 Pf.
Zustellungsgebühr

Diesen Bestellschein nimmt entgegen jeder Vertrauensmann und Zeitungsbote der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m.b.H., Berlin O 27, Magazinstr. 15-16.

Anzeigen-Werber

gesucht für Zusammenstellung von Bezugsquellenverzeichnissen einer Tageszeitung.

Höchste Provisionen, sofort bares Geld!

Angebote sind zu richten unter „Postlagerkarte Nr. 75“ Berlin SW 48

Kritik an den Programmen der deutschen Sozialdemokratie

Ist Anna Siemsen im 4. Buch der „Roten Bücher“ der „Marxistischen Büchergemeinde“.

Es ist ein Buch das jeden angeht!

Bestellt sofort das 4. Buch der „Marxistischen Büchergemeinde“ von

Anna Siemsen

„Auf dem Wege zum Sozialismus.“

Preis 4 RM, 1. Mitglieder der M.D.G. 3.— RM

Freie Verlags-Gesellschaft m.b.H.

Berlin-Tempelhof, Hohenzollernkorso 67

Wir leben gesund, praktisch u. billig durch

Qualitäts-Erkennnis!

Referat Haus Löbau

Spezialgeschäft für geistliche Ernährung und vernünftige Körperpflege

Äußere Bautzener Straße 17, Ref 2180

Werbt Abonnenten

Ergebnis ladet ein **Albert Förster u. Frau**

Restaurant Richsteiger, N.-Haßlau

Morgen Freitag: Schlachtfest / Ab 10 Uhr

Wellfleisch M. 0,80 / Abends Schweinsknochen mit Kloß M. 1,10 / Bratwurst mit Kraut M. 0,80

Zum Ausschank gelangt bis Montag, d. 1. Februar das vorzügliche Dominikaner Bockbier

Musikalische Unterhaltung / Rettich gratis

mein Inventur-Ausverkauf beginnt: Sonnabend, den 30. Januar 1932

Preisabbau und Ausverkauf vereint haben **Spottpreise** ergeben

Kleider, Mäntel, Blusen, Strickwaren
Trikotagen, Strümpfe, Kleiderstoffe
Seiden, Wollmusseline, Mäntelstoffe

Bettwäsche Tischwäsche Leibwäsche Küchenwäsche Gardinen
Teppiche Bettvorlagen Läuferstoffe Diwanddecken Sofadecken
Tischdecken Schlafdecken Steppdecken Kissen

E. Julius Neumann Jr., Eibau in Sachsen

SAP Der tägliche Vormarsch

Überall Festigung der Partei

In Klein-Röda (Mitteldeutschland) wurde eine Ortsgruppe der SAP gegründet.

In Bundschütz (Schlesien) gründete in einer Versammlung fünf neue Mitglieder aufgenommen werden.

In Delitzsch traten nach einer öffentlichen Versammlung vier neue Mitglieder der Partei bei.

In einer Versammlung des Malerverbandes in Peine, in der ein SAP-Genosse referierte, traten zwei Gewerkschaftskollegen der Partei bei.

In Rüstringen wurde Mitte Januar eine SJV-Gruppe mit 30 Mitgliedern gegründet. Heute zählt sie bereits 50 Mitglieder.

In Mellnbach in Thüringen traten in einer KPD-Versammlung nach der Diskussionsrede eines SAP-Mitgliedes neun Genossen unserer Partei bei.

Vorwärts im Chemnitzer Bezirk

In Gablentz bei Oederan ist der bisherige SPD-Vorsitzende zu unserer Partei übergetreten.

In Lugan sind zehn Genossen, darunter vier Mitglieder des Reichsbanners, zu uns übergetreten und werden in den nächsten Tagen eine Ortsgruppe gründen.

Die Hochflut der Not

Zunahme der Wohlfahrtserwerbslosen um 16 Prozent

Berlin, 26. Januar 1932.

Der Vorstand des Preußischen Landkreistages beschäftigte sich von neuem mit der Frage der Wohlfahrtserwerbslosen. Es sei auf die Dauer nicht zu verantworten, daß sich der Staat jeder Beteiligung an der Kostenlast entziehe. Preußen müsse einem Beschlusse des Landtages entsprechend ausreichende Mittel zur Verfügung stellen. Welches Ausmaß die Belastung angenommen habe, gehe daraus hervor, daß die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den ländlichen Bezirksfürsorgeverbänden des Reiches am 31. Dezember 1931 auf 582 000 (gegenüber dem Vormonat um 16 Proz.) gestiegen sei. Allein der Monat Dezember brachte eine Vermehrung um 80 000. Die prozentuale Steigerung betrug im November 1931 in den ländlichen Bezirken 14 Proz. gegenüber 7 Proz. in den Stadtkreisen.

Stärker als die Regierung ist die Bürokratie

Berlin, 26. Januar.

Das Disziplinarverfahren gegen den Landjägermajor Kummer aus Köslin vor dem Disziplinarhof für nichtrichterliche Beamte endete mit der Strafversetzung des Offiziers, dem außerdem eine Gehaltsminderung auf die Dauer von fünf Jahren auferlegt wurde. Dem Antrag der preußischen Regierung auf Dienstentlassung wurde deshalb nicht stattgegeben, weil bezüglich der dem Landjägermajor zur Last gelegten dienstlichen Verfehlungen keine ehrlose Gesinnung als vorliegend erachtet wurde. Diese Verfehlungen bestanden in einer offenen, den Anordnungen der Regierung widersprechenden Propaganda für die Nationalsozialistische Partei.

Wenn ein Beamter für die Kommunistische Partei Propaganda macht, fliegt er ohne Gnade. Bei den Nazis aber ist das ganz etwas anderes. Die Kastengerichtsbarkeit der Beamten sorgt dafür, daß selbst dann nichts Ernstliches passiert, wenn ganz offen Reglementserlasse mißachtet wurden. Schließlich muß es ja auch einen Sinn haben, wenn über die Verfehlungen von Beamten nur ein aus Beamten zusammengesetztes Disziplinargericht zu entscheiden hat.

3 Monate im Handumdrehen

Berlin, 26. Januar.

Mehrere Mitglieder einer kommunistischen Organisation hatten am 16. Januar in der Altstadt Zettel, Zeitungen und kommunistische Flugblätter auf den Straßen verkauft. Die Polizei verhaftete fünf Kommunisten. Im Schnellverfahren wurden der Seemann Karl Saß zu drei Monaten Gefängnis, die Arbeiter Erich Balte, Fritz Dahne und Ulrich Penz zu je zwei Monaten Gefängnis und der Bäcker Hans Kempcke zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Soviel Angst um nichts!

Rostock, 26. Januar.

Am Dienstag abend gingen Gerüchte von einer politischen Razzia am Siemens-Damm um. Wie sich nachher herausstellte, handelte es sich um einen blinden Alarm. Es war gemeldet, daß die Kommunisten einen Überfall planten, bei Eintreffen der Polizei war jedoch alles ruhig und nichts ließ auf Unruhen schließen.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei ist für Montag, den 1. Februar, zu einer Sitzung ins Reichstagsgebäude einberufen worden, um die politische Lage zu besprechen.

Ein U-Boot gesunken

Mit 55 Mann Besatzung!

London, 27. Januar.

Wie die Admiralität mitteilt, ist man ohne Nachricht von dem Unterseeboot „M 2“, das gestern vormittag um 10.30 Uhr vor Portland untertauchte. Mehrere Zerstörer und Unterseeboote befinden sich auf der Suche nach ihm.

Verloren

London, 27. Januar.

Wie die Admiralität mitteilt, hat man von dem Unterseeboot „M 2“ noch nichts entdecken können. Verschiedene andere Unterseeboote und die gesamte Minensuchflotte befinden sich an der Unglücksstelle. Das Boot, das 1450 Tonnen groß ist, ist 1920 vom Stapel gelaufen und ein Schwesterschiff des Bootes, das im Jahre 1925 im Aermelkanal unterging, wobei 68 Mann den Tod fanden.

55 Mann an Bord

London, 27. Januar.

Nach einer Meldung der Admiralität, die 40 Minuten nach Mitternacht ausgegeben wurde, glaubt man, die Lage des Unterseebootes drei Meilen westlich von Bill of Portland festgestellt zu haben.

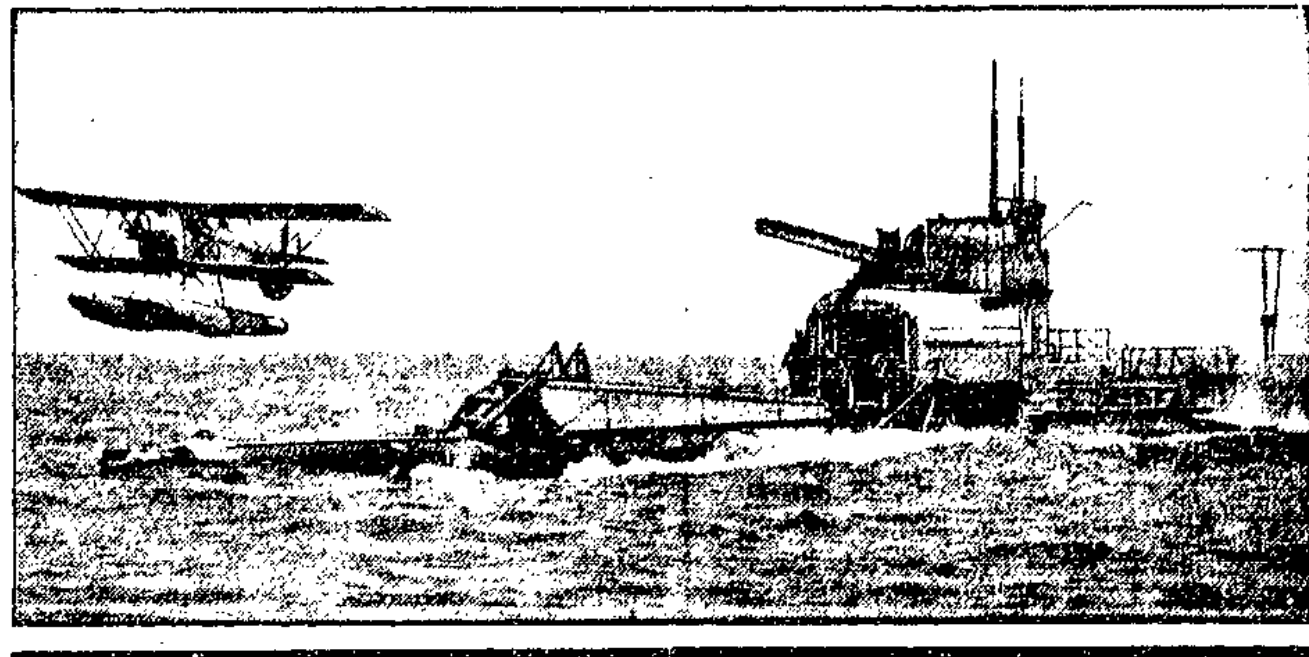
Unterseeboote von der Klasse des „M 2“ können 48 Stunden unter Wasser bleiben. „M 2“

ist mit den modernsten Rettungsvorrichtungen ausgestattet, darunter einem Rettungsapparat, der es der Besatzung ermöglicht, Mann für Mann an die Oberfläche zu kommen.

Aus Weymouth wird um 1.30 Uhr früh berichtet: Von der Küste aus ist die Stelle, wo das vermisste Unterseeboot in 17 Faden Tiefe (etwa 31 Meter) vermutet wird, deutlich an den Lichtern der dort versammelten Fahrzeuge zu erkennen. Glücklicherweise ist die Stelle gegen die steife West-Nordwestbrise leidlich geschützt. Die See ist sehr mäßig bewegt. Es herrscht schwacher Nebel. Leichter mit Hebekränen und Tauchern sind nach der Unfallstelle unterwegs. Ein Sachverständiger eines Taucherunternehmens erklärte, Taucher könnten in 17 Faden Tiefe gut arbeiten, vorausgesetzt, daß sie immer nach kurzer Zeit abgelöst werden. Da das Boot auf sandigem Boden liegt, werden die Arbeiten nicht durch Schlamm behindert werden.

Den letzten Nachrichten zufolge befinden sich an Bord des gesunkenen Unterseebootes im ganzen 55 Mann: 48 Seeleute, 6 Offiziere sowie ein Fliegersergeant. In das Unterseeboot ist ein wasserdichter Schuppen eingebaut, der ein kleines Wasserflugzeug beherbergt.

Die Bewaffnung des Fahrzeuges besteht aus einem versenkbaren 7,5-Zentimeter-Geschütz, zwei Maschinengewehren und vier Torpedorohren von 45 Zentimeter Durchmesser.



Gestern noch auf stolzen Rossen . . .

Goerdeler macht Politik

Unter dem Druck der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels, die sich anfangs etwas zurückgesetzt fühlte, hat der Preiskommissar jetzt erklärt,

er dächte gar nicht an eine generelle Senkung der Textilpreise.

Da das Publikum die ja schon stark gesunkenen Preise nicht beachtet, habe er auch keinen Anlaß zum Einschreiten. Es bleibt also alles beim Alten.

Nun hat Herr Dr. Goerdeler aber eine andere Attacke begonnen: Am Montag fand eine geschlossene Konferenz der Hauptgemeinschaft statt, auf der Herr Goerdeler sich dem Handel stellte. Er führte die Notwendigkeit seines Ressorts auf die Senkung des englischen Pfundes zurück: Wir könnten uns den Luxus einer Inflation nicht leisten, müßten daher die Kosten senken. Das sei daher seine Hauptsorge.

Aber ein großes Hindernis gilt es noch zu beseitigen: die Tarifverträge und die Sozialversicherung.

Die Tarifverträge seien immer noch zu starr; er arbeite daher auf weitere, größere Elastizität der Tarifverträge hin und auf eine „organische Umgestaltung der Arbeitslosenfürsorge“.

„Ein politisch unmächtiges Volk könne sich niemals gute Lebensbedingungen verschaffen.“ Damit begibt der Herr Preiskommissar sich aufs außenpolitische Gebiet. Anschließend ist er mit seiner Weisheit im eigenen Ressort am Ende! Eine Periode eigenen Handels müsse jetzt einsetzen. „Die Not im eigenen Lande drängt jedes Volk zur Selbsthilfe; so ist z. Z. ein dämonischer (!) Zug zur Autarkie vorhanden, dem sich niemand ganz entziehen könne.“ (Wörtlich nach dem Pressebericht!) Zwar ist Goerdeler im Grunde gegen die Autarkie; aber . . . die Hintertür muß ja offen bleiben.

Geradezu mystisch klingen die Worte, mit denen er sich wohl als Anhänger des Dritten Reiches zu bekennen wünschte: „Man müsse alles vorbereiten, um den mit Sicherheit in wenigen Jahren eintretenden Rückschlag der Enttäuschung aufzufangen und dann durch eine befreiende Tat aus der Enge wieder in die fruchtbare Breite hinauszuführen.“

Es ist überall dasselbe. Die Enge des RKW ist Herrn Schäfer unbequem; er stellt der Regierung „Ultimaten“ und strebt nach „höherer Ordnung“ unter seiner Regie. Goerdeler genügt Leipzig und das Preiskommissariat nicht; er braucht eine „frucht-

bare Breite“, wohl das Wirtschaftsministerium, um zu seiner befreienden Tat gelangen zu können.

Heillos war der Wirrwarr, bevor der Leipziger „Ober“ kam; noch viel heillos er macht er ihn. Dafür müßten wir ihm eigentlich dankbar sein, denn er tut im Grunde nur sein Bestes, um das System weiter zu untergraben. Aber es geht schließlich auf unsere Kosten!

Für Kriegsblinde ist kein Geld da!

Berlin, 26. Januar.

Die Kriegsblinden, die am Dienstag nachmittag dem Oberbürgermeister Dr. Sahm im Rathaus ihre Beschwerden vorgebracht hatten, begaben sich im Anschluß daran zum preußischen Landtag, um wegen der Kürzung der Unterstützungssätze vorstellig zu werden. Eine Abordnung wurde von dem kommunistischen Landtagsabgeordneten Schwenk durch den Verbindungsgang vom Landtag zum Wohlfahrtsministerium geführt. Ein Ministerialrat nahm die Beschwerden entgegen und wies im Laufe der Unterhaltung auf die schwierige Lage der Staatsfinanzen hin.

Die schwierige Lage der Staatsfinanzen hindert aber nicht, daß die Regierung Brüning dem Kapital und den Großagrariern dauernd neue Steuergeschenke und Liebesgaben überreicht. Nur wenn es zu den Kriegsblinden oder anderen proletarischen Schichten kommt — dann ist auf einmal kein Geld da.

Inflation im Dollarland?

TU, Washington, 26. Januar.

Das Weiße Haus dementiert schärfstens Pressemeldungen, die im Zusammenhang mit dem Wiederaufbauprogramm der Regierung von einer Inflationspolitik durch die amerikanische Gesetzgebung sprachen.

Verhaftungen in Indien

Delhi, 26. Januar.

Die Kundgebungen am „Unabhängigkeitstag“ haben in verschiedenen Städten Indiens zu zahlreichen Verhaftungen Anlaß gegeben. 72 Personen, darunter 12 Frauen, sind in Delhi, und etwa 100, darunter 20 Frauen, in Kalkutta festgenommen worden.

Rudolf Borchardt verurteilt

Der nationalistische Dichter Rudolf Borchardt ließ vor einiger Zeit eine Verteidigungsschrift für die Literaturunternehmungen des Deutschen Handlungsgelhilfenverbandes (Verlagsfusion Hansesaten—Georg Müller—Albert Langen) erscheinen. Diese Polemik richtete sich natürlich mit ausgesprochen völkischem Akzent gegen die „Asphaltpresse“. Einige persönliche Angriffe in seiner Apologie der „deutschumlichen“ Literatur führten zu einer Beleidigungsklage gegen Borchardt, die jetzt vor einem Münchener Gericht verhandelt wurde. Kläger war der Münchener Korrespondent des „Berliner Tageblatt“, Werner Richter.

Richter hatte im „B. T.“ über die Verlagsgeschäfte des DHV. geschrieben. Borchardt erklärte nun in seiner Broschüre, Richter habe sich aus Kreisen der Verlegerkonkurrenz Materialsammlungen zur Agitation gegen die Verlagsverlage verschafft. Außerdem enthielt die Broschüre eine Reihe beleidigender Wendungen gegen Richter.

Das Urteil lautete auf 600 Mark Geldstrafe bzw. 10 Tage Gefängnis für Borchardt. Das Gericht hob in seiner Urteilsbegründung hervor, daß die von Borchardt aufgestellten Behauptungen nicht erweislich wahr sind.

Noch ein Georg-Müller-Prozess

München, 27. Januar.

Die Beleidigungsklage, die der Direktor des Georg Müller-Verlages in München, Gustav Pezold, gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Berliner Tageblatt“, Dr. Wolfgang Bretholz, und den Schriftleiter der „Münchener Post“, Martin Gruber, wegen falscher Behauptungen über die Gründe, die den Prokuristen Krause vom Georg Müller-Verlag zum Selbstmord getrieben haben sollen, angestrengt hat, endigte mit der Verurteilung der beiden Beklagten zu einer Geldstrafe von je 500 Mark oder im Nichtbeitreibungsfalle zu je 10 Tagen Gefängnis. Die Widerklage der beiden Verurteilten wurde als verjährt abgewiesen. In der Urteilsbegründung — das Urteil lautete auf das Vergehen der üblen Nachrede — wird erklärt, Direktor Pezold habe den Prokuristen Krause deshalb entlassen, weil er sich einer Angestellten gegenüber grobe Ungehörigkeiten in sittlicher Beziehung zuschulden kommen ließ. Die Beweisaufnahme habe nicht ergeben, daß Krause aus politischen Gründen entlassen wurde.

Unberechtigtes Verbot aufgehoben. Das vom Kölner Regierungspräsidenten am 5. Januar erlassene Verbot sämtlicher öffentlicher politischer Versammlungen der KPD und ihrer Unter- und Nebenorganisationen ist jetzt wieder aufgehoben worden.



„Deutsche Not — deutsche Hoffnung“

Deutsche Welle

Die bürgerlichen Wirtschaftstheoretiker sind heute revolutionärer geworden, als die weisen Frauen der SPD, die Tarnow und Hilferding. Wo diese in der „Überwindung der Krise“ das einzige Heil erblickten, haben namhafte bürgerliche Theoretiker ihr eigenes System als hoffnungslos längst verlassen.

Prof. Dr. Spranger verspricht weder sich noch seinen Hörern im Rundfunk etwas von einem „Versuch zur Behebung der wirtschaftlichen Funktionsstörungen“, der nicht eine umgehende Umwandlung des Wirtschaftskörpers selbst zur Voraussetzung hat. Er betont, daß sich allgemein auch außenpolitisch die Überzeugung durchsetzt, daß die Krankheit der Weltwirtschaft struktureller und nicht lediglich konjunktureller Art sei.

Mit einem Wort — das auszusprechen Dr. Spranger allerdings nicht unternommen hat — das kapitalistische System hat sich in die Krise so verrannt, daß es zwecklos ist, auf den „fälligen Konjunkturschwung“ zu warten, es ist notwendig, die Struktur des Systems selbst zu ändern. Die Aufbaufehler des Systems gestatten kein Weiterleben — außer unter ungeheuren Opfern für die Arbeiterklasse. Das System muß einer Planwirtschaft Platz machen: dem Sozialismus.

Das ist die Konsequenz einer Anerkennung „kapitalistischer Strukturfehler“, aber Dr. Spranger zog naturgemäß vor, nicht so weit zu denken und zog sich in seine nationale Häuslichkeit zurück, von wo aus er erklärte, daß die „deutsche Einigkeit“ nach außen ihre Lebensrechte zur Geltung bringen müsse. „Eine Sanierung der Weltwirtschaft hätte keinen Sinn, wenn ein Kulturvolk wie wir Deutschen dabei zugrunde gehen würden.“ Also müssen wir Deutschen uns erstens zusammenraffen und unsere Ansprüche auf Weiterleben geltend machen und dann . . . ja, wie und wo wir diese Ansprüche geltend machen sollen, war nicht ganz zu erkennen, wahrscheinlich vor dem Völkerbund oder vor dem Gewissen der kapitalistischen Nationen.

Uns scheint der Erfolg da einigermaßen zweifelhaft — wir wollen lieber einen Umbau des Wirtschaftssystems versuchen — die Arbeiterschaft braucht keine Appelle an die Gutmütigkeit der anderen. Die Arbeiterklasse rüstet zur Enteignung der Produktionsmittel in Deutschland wie anderswo — mit der Beseitigung der Profitwirtschaft wird auch das Interesse an politischer Bevormundung anderer Mächte schwinden müssen.

Boycott deutscher Waren

Die andere Seite der Schiele-Politik

Helsingfors, 25. Januar.

Bei dem Schritt, den der finnische Gesandte in Berlin unternommen hat, als er den deutschen Butterzoll bzw. den Währungsbeschlag als vertragswidrig bezeichnete und die Zurücknahme der Maßnahmen verlangte, hat, Pressemeldungen zufolge, eine nahe Verbindung mit der schwedischen Regierung und dem von schwedischer Seite unternommenen Schritt bestanden.

„Helsingin Sanomat“ unterstützt die von dem landwirtschaftlichen Zentralverband aufgestellte Forderung, alle deutschen Waren zu boykottieren. Die Zeitung fordert eine Zusammenarbeit mit den skandinavischen Ländern, um eine breite Grundlage für die Aktion gegen Deutschland zu erhalten.

Der finnische Gesandte Vuolijoki hat dem Reichskanzler eine Note überreicht, in der gegen die Erhöhung des deutschen Butterzolls Einspruch erhoben wird.

Die Großagrarien sind noch nicht zufrieden!

Berlin, 26. Januar.

Das Präsidium des Reichslandbundes hat an den Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem gegen die Notverordnung von 23. Januar über Düngemittel und Saatgutkredite schwere Bedenken geltend gemacht werden. Die Reichsregierung werde ihr Ziel, die kommende Ernte zu sichern, nur dann erreichen, wenn die Landwirtschaft bestimmte Preissicherungen für ihre Erzeugnisse erhalte. Es werde eine Erweiterung der Bürgschaft dergestalt erwartet, daß die Abnahme einer dem Düngeraufwand entsprechenden Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse zu angemessenen, den Erzeugungskosten entsprechenden Preisen garantiert werde. Sollten die Marktpreise an diese Preise nicht herankommen, so sei der Fehlbetrag aus der Bürgschaft zu decken. Der Reichslandbund macht weiter darauf aufmerksam, daß in der Verpfändung der Feldfrüchte große Gefahren für die Preisentwicklung des Getreides im Herbst liegen, wenn nicht die ergänzende Bestimmung getroffen werde, daß eine ratenweise Rückzahlung der Düngerkredite und die entsprechende Verwertung der verpfändeten Feldfrüchte bis in das Frühjahr 1933 ermöglicht werde.

Rückgang der Reichsbahneinnahmen

Das Ergebnis der falschen Tarifpolitik

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft tagte am 25. Januar in Berlin. An der Sitzung nahmen zum ersten Male die neuernannten Mitglieder, Staatssekretär a. D. Gutbrod und Ministerialdirektor Schulze, teil. Zum Präsidenten wählte der Verwaltungsrat wiederum einstimmig seinen bisherigen Präsidenten, C. F. von Siemens.

Der vorläufige Ueberblick über die Einnahmeentwicklung im Jahre 1931 ergibt mit 3,842 Milliarden Reichsmark einen Rückgang um 15,9 v. H. gegenüber 1930 und um 28,2 v. H. gegenüber 1929. Mit dem endgültigen Abschluß für 1931 ist für den April zu rechnen. Die Einnahmeentwicklung im Jahre 1932 zeigt einen über das erwartete Maß hinausgehenden Abfall.

Die steuerfreie Reichsbahnleihe 1931 hat bisher Zeichnungen von rund 243 Millionen Reichsmark ergeben. Bis zum ersten Zahlungstermin, dem 5. Januar 1932, waren davon 56,5 Millionen Reichsmark (rund 24 v. H.) eingezahlt.

Ein Ueberblick über die Auswirkung der im Dezember beschlossenen Ermäßigung des Gütertarifs im veranschlagten Betrage von 300 Millionen Reichsmark läßt sich zur Zeit noch nicht gewinnen.

Die Ausgabe von verlängerten Sonntagsrückfahrkarten zu Weihnachten hat den Reiseverkehr wesentlich belebt. Trotz der wirtschaftlichen Notlage wurde in einigen Bezirken der Weihnachtsverkehr des Vorjahres sogar übertroffen.

Verschärfte Devisen-Vorschriften

Wie die „Innsbrucker Nachrichten“ melden, sind nunmehr verschärfte Vorschriften über die Mitnahme von Geld über die Grenze nach Deutschland in Kraft getreten. Die Handhabung der Vorschriften ist äußerst streng. Beim Grenzübergang dürfen von jetzt an nur noch 200 Schilling mitgenommen werden. Im kleinen Grenzverkehr ist nur noch die Mitnahme von 20 Schilling oder Auslandsgeld im Werte von 50 Schilling gestattet.

Der Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtags lehnte die kommunistischen und nationalsozialistischen Anträge ab, wonach die Reichsnotverordnung vom 8. Dezember 1931 in Bayern nicht durchzuführen sei und die bayerische Staatsregierung auf eine Aufhebung der Verordnung für das Reichsgebiet hinwirken sollte.

Die SAI dankt ab

Berlin, 27. Januar.

Eine Welt ist im Zusammenbrechen. Die kapitalistische Gesellschaftsordnung erlebt das ihr von Marx vorausgesagte Schicksal. Nie war für eine sozialistische Internationale die Aufgabe dringender, führend zu sein und Lösungen herauszugeben. Hat die 2. Internationale schon auf dem Wiener Kongreß hierauf verzichtet, so scheint die Notwendigkeit, aktiv einzugreifen, heute noch weniger empfunden zu werden. Das ganze Ergebnis, das sich soeben wieder aus einer Sitzung des Büros herauskristallisierte, bildet eine Reihe von Wünschen und Feststellungen, die niemand und zu nichts verpflichten. Es wird lediglich festgestellt, was die Regierungen schon festgestellt haben, und wiederholt alte Erklärungen. So wird u. a. gesagt:

„Weder dürfen internationale Verträge einseitig zerrissen, noch zur Erfüllung Druck oder Gewalt angewendet werden, deren für alle furchtbare Folgen die Ruhrbesetzung gezeigt

hat und gegen die sich die SAI einmütig stellen würde.“ Sowie:

„Die Frage der Abrüstung, Reparationen und Kriegsschulden, deren Streichung die SAI stets verlangt hat, sind finanziell und politisch zu eng verknüpft, als daß eine endgültige Regelung ohne Gesamtlösung möglich wäre.“

Der Schluß ist eine Aufforderung an die sozialistischen Parteien, einen Druck auf die Regierungen und Parteien auszuüben, „damit sich die europäischen Staaten über einen Plan zum Wiederaufbau der Wirtschaft, über die Eindämmung des Protektionismus und über ihr Zusammenwirken zur dauernden Stabilisierung ihrer Währungen verständigen und die Annullierung der Kriegsschulden erlangen“.

Zu weniger kann man die Parteien nicht verpflichten und jedenfalls geht daraus hervor, daß die Sozialistische Arbeiter-Internationale auf jede Einflußnahme auf die Geschichte verzichtet und als Geschichte gestaltender Faktor abdankt.

Lohnkämpfe

15000 Strumpfwirker streiken

In Lodz sind wegen Lohnstreitigkeiten die Strumpfwirker in den Ausstand getreten. Die Lohnbewegung hat etwa 15000 Arbeiter ergriffen.

In Lodz streiken schon seit einigen Tagen auch die Straßenbahner, so daß das einzige städtische Verkehrsmittel, das auch die Verbindung mit den weit entlegenen Industrievorstädten der Umgebung herstellt, lahmgelegt ist. Schlichtungsversuche sind bisher gescheitert.

Französische Grubenbarone kündigen

TU. Paris, 27. Januar

Die Arbeitgeber des nordfranzösischen Kohlenreviers haben in Douai beschlossen, das Lohnabkommen mit den Grubenarbeitern zum 1. Februar zu kündigen. Das neue Abkommen, das die Arbeitgeber zu treffen bereit sind,

sieht eine Herabsetzung der Löhne um 10 Prozent vor, die in zwei Abschnitten, am 1. Februar und am 16. März, erfolgen soll. Die Arbeitnehmer, die sofort von diesem Beschluß in Kenntnis gesetzt wurden, haben für den kommenden Sonntag Vertreter ihrer Syndikate zu einer gemeinsamen Sitzung nach Lens zusammenberufen. Die kommunistischen Arbeiter haben bereits wissen lassen, daß sie keinerlei Herabsetzung der Löhne annehmen und gegebenenfalls in den Streik treten würden.

In dem internationalen Lohnabbau-Feldzug haben heute die Grubenbarone entschieden die Führung. Ein großer Konflikt schwebt bereits in den polnischen Kohlenrevieren und nun geben auch die französischen Grubenbarone das Signal zu einem Lohnkampf. Allein diese Tatsache sollte schon die Bergarbeiter-Internationale auf den Plan rufen. Um diese ist es aber womöglich heute noch stiller als um die andern Berufsinternationen. Wenn die Internationale der Arbeiterschaft jemals lebendig sein müßte, so in dieser Zeit der internationalen Sozialreaktion.

Die Todesstrafe — das Heiligtum der Spießbürger

Berlin, 26. Januar.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages wollte am Dienstag bei weiterer Abwesenheit der Nationalsozialisten und Deutschnationalen die Todesstrafe behandeln. Die Wirtschaftspartei ließ durch ihren Vertreter erklären, sie könne es nicht verantworten, solcher Propaganda Vorschub zu leisten, indem sie durch ihre weitere Mitarbeit helfe, irreführende Beschlüsse herbeizuführen. Die Verantwortung für die weitere Mitarbeit an den weltanschaulichen Fragen beruhenden Bestimmungen des Strafgesetzbuchentwurfs müsse daher nunmehr den übrigen bürgerlichen Parteien überlassen bleiben. Die Wirtschaftsparteiliche Fraktion werde die Mitarbeit wieder aufnehmen, sobald die regelrechte Besetzung des Ausschusses wieder ermöglicht sei. Darauf verließ ihr Vertreter den Sitzungssaal.

Die Nazis wollen noch nicht

Gießen, 26. Januar.

Der Gauleiter der NSDAP in Hessen lehnte in einer öffentlichen Versammlung die Beteiligung seiner Partei an der Regierungsbildung entschieden ab und erklärte, man habe die NSDAP in die Regierung hineinmanövrieren wollen. Die Nationalsozialisten dächten aber gar nicht daran, sondern wollten die anderen selber regieren lassen und es ihnen anheimstellen, die Pleite anzumelden. Die NSDAP könne warten, bis das jetzige System zu Ende sei, und dann komme die Zeit, wo die NSDAP allein die Macht haben werde.

Zum Amtshauptmann von Wismar (Mecklenburg) wurde ein Nationalsozialist gewählt, zu seinem Stellvertreter ein Angehöriger der nationalen Wirtschaftspartei. Sämtliche Ausschußvertreter gehören ebenfalls der äußersten Rechten an.

Auf dem Rost: Geheimrat Kahl

Der alte Kahl, Senior der Volkspartei, Doktor aller Fakultäten, Inhaber des Adlerschildes des Reiches und nicht zuletzt Vorsitzender des Strafrechtsausschusses des Reichstags und Vater der Strafrechtsreform, hat jetzt einen neuen Umfall in seiner Haltung zur Todesstrafe vollzogen und hat sich so in der Sprache eines rechtsradikalen Blattes aus einem bekehrten Paulus in einen Saulus zurückbekehrt.

Der alte Kahl ist ein Liberaler vom besten Schrot und Korn; er ist also ein ausgezeichnetes Barometer, an dem sich jeweils die geänderte politische Konjunktur ablesen läßt: ob Sturm, ob Wind, ob Regen oder Sonnenschein. Als die Maisonette von 1928 ihre wärmenden Strahlen auf die „Linke“ herniedersandte, da entdeckte der alte Professor des Strafrechts die Konjunktur und ehrte in würdevollen Worten die Verfechter der Abschaffung der Todesstrafe, die „von der Sonne der Humanität gewärmt“ würden.

Inzwischen hat sich der Aspekt verändert. Die Sonne der Humanität steht nicht mehr am Himmel. Andere, blutigere Sonnen sind aufgegangen, und nun erklärt auch der Professor Kahl, daß er seinen bereits zweimal eingebrachten Antrag: im neuen Strafrecht die Todesstrafe durch lebenslange Zuchthausstrafe zu ersetzen, zurückziehen müsse, weil sich „die öffentliche Meinung gewandelt“ habe. Kahl führt zu seiner Entschuldigung auch das Verhalten des preußischen Justizministers Dr. Schmidt an, der, obwohl ein „grundsätzlicher“ Gegner der Todesstrafe, im Falle Kürten doch der gewandelten öffentlichen Meinung Rechnung getragen habe.

Wie haben sozialdemokratische Zeitungen nicht „den greisen Kahl“ gefeiert, als er sich Paulus nannte. Vielleicht lernen sie jetzt, daß auch die geringsten kulturellen Forderungen von der Arbeiterschaft allein erkämpft werden müssen, daß auf bürgerlichen Sukkurs, in welcher Angelegenheit immer es angeboten werden möge, niemals Verlaß ist und sein kann.

In diesem Sinn sei die Rückbekehrung des greisen Kahl von uns begrüßt.

Arca num.

Klagges führt Krieg gegen Groener

In einer in Gandersheim abgehaltenen Versammlung der NSDAP nahm Minister Klagges Stellung zu dem vom Reichsinnenministerium geforderten siebentägigen Verbot der „Braunschweigischen Landeszeitung“. Er habe der „Braunschweigischen Landeszeitung“ „Fort mit Brüning!“ objektiv und sachlich geprüft und sei zu dem Schluß gekommen, daß er sich der Ansicht des Reichsinnenministers nicht anschließen könne, daß in dem Artikel die Person des Reichskanzlers verächtlich gemacht werde. Der Artikel überschreite die sachliche Kritik, die auf jeden Fall erhalten bleiben müsse, in keinem Fall.

Reichsrecht gilt da, wo Nazi regieren, schon lange nicht mehr. Und die Regierung denkt gar nicht daran, irgend etwas gegen die Nazi-Minister zu tun. — Im Grunde sind sie ja auch ein Herz und eine Seele.

Naziflegel im Kasseler Stadtparlament

Kassel, 26. Januar.

Bei der Beratung eines Antrages über die Finanzgebarung der Ortskrankenkasse ereignete sich ein großer Tumult, als der nationalsozialistische Stadtverordnete Freisler in seiner Rede ausführte, die Ortskrankenkasse habe sich öffentliche Mittel rechtswidrig angeeignet. Stürmische Zurufe der Linken machten den Redner unverständlich. Der Stadtverordnetenvorsteher rief den Redner dreimal zur Ordnung und unterbrach schließlich die Sitzung. Als der Stadtverordnete Freisler trotzdem weitersprach, setzte der Vorsteher die Heulsirene in Tätigkeit. Nach Wiederaufnahme der Sitzung sprach Freisler trotzdem weiter. Die Verhandlung wurde schließlich vertagt. Die deutschnationale und die nationalsozialistische Fraktion bleiben der neuen Sitzung fern, um gegen die Geschäftsführung des sozialdemokratischen Stadtverordnetenvorstehers zu protestieren.

Musterschutz für Hitler

Hauptmann Stennes, der vor einiger Zeit eine Spaltung der NSDAP herbeizuführen suchte, nannte seine neue Partei „Nationalsozialistische Kampfbewegung“. Darauf hat Hitler gegen ihn geklagt wegen Mißbrauchs des Namens „nationalsozialistisch“ und tatsächlich folgendes Urteil erzielt: „Dem Beklagten Stennes wird bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geldstrafe in unbeschränkter Höhe oder Haftstrafe bis zu 6 Monaten verboten, sich zur Bezeichnung des von ihm geleiteten Bundes des Namens „Nationalsozialistische Kampfbewegung“ oder eines ähnlichen, auf einen Zusammenhang mit der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei hindeutenden Namens zu bedienen.“

Mit dieser seltsamen Sorte Musterschutz hat das Gericht von neuem politischer Willkür das Tor geöffnet.

Die Staatspartei hat beim Reichskanzler die Senkung der Pachtzinsen verlangt.

Geburtstagsrede



„Wir Kriegsoffer leiden gemeinsam. Eure Renten sind gestrichen, und Ich muß euer Geld fern vom Vaterland verzehren.“